

KURDISCHE FRAUENDELEGATION KOMMT NACH DEUTSCHLAND

Terre des Femmes plant, gemeinsam mit dem Menschenrechtsverein IHD aus Istanbul, eine Delegation kurdischer Frauen in die BRD zu holen. Da wir die gesamte Koordination nicht alleine bewältigen können, sind wir auf Mitarbeiterinnen in den jeweiligen Städten angewiesen.

- TdF-Gruppen oder Einzelfrauen könnten folgende Aufgaben übernehmen
- * (Frauen)Initiativen, Vereine und Verbände anzusprechen, eventuell Veranstaltungen planen
 - * Kirchliche Gruppierungen ansprechen
 - * bei Universitäten (ASTA), Volkshochschulen, Autonomen Zentren anfragen
 - * Zu den Veranstaltungen müßte auch eine Dolmetscherin angesprochen werden, wobei Kurdistan-Komitees behilflich sein können
 - * Zu bedenken ist auch die finanzielle Seite. Sprecht mit den Interessierten über Vertragshonorare und Spendenmöglichkeiten.
 - * Versucht, Pressekontakte herzustellen
- Sobald ein Gerüst von Frauen sich für eine Planung in den Städten bereit erklärt und sobald die Spendenkampagne für die Flugtickets (es fehlen 2000,- DM) abgeschlossen ist, können wir die Frauen einladen. Dies ist für August/September geplant.

Bitte setzt Euch mit der TdF-Geschäftsstelle in Verbindung oder mit Thea Struchtemejer von der Städtegruppe Bochum, Telefon: 0234-705216.

Spendenkonto: Terre Des Femmes Bochum
Sparkasse Bochum
Nr.: 33 400 979
Stichwort: Kurdische Frauendelegation

Veranstaltung zur Erinnerung an den Kommunisten Ibrahim Kaypakkaya

Ibrahim Kaypakkaya, Gründer der TKP/ ML, wurde am 18. Mai 1975 in der Türkei ermordet. In Erinnerung daran findet am 14. Mai 1994 ab 16.00h in der Kölner Sporthalle eine Gedenkveranstaltung statt. Eintritt 15,- DM

PROGRAMM

- Grup MUNZUR
- Grup KIZILIRMAK
- Şivan PERWER
- Ferhat TUNÇ
- Film
- Folklor
- Grup TOHUM
- PERU MÜZİK GRUBU
- Dia



AntifaZ

Antifaschistische Zeitung



Mai / Juni '94 9.
Jahrgang Preis
DM 3,00



TÖDLICHES NEWROZ-FEUER

LISSY SCHMIDT IST TOT

SUPERWAHLJAHR 1994

TRÄNENGAS GEGEN FRAUEN

Staatlicher Terror gegen KurdInnen

Inhalt

- 3 **Editorial**
- Berichte**
- 4 Tödliches Newroz-Feuer
- 8 Lissy Schmidt ist tot
- 12 Beobachterdelegation in Diyarbakir
- 23 Tränengas gegen Frauen am 8.3. in Münster
- 25 Kurdistan-Demonstration in Bonn
- 28 Kurdistan-Demonstration in Bochum
- 33 "Solidarität und Einheit der Arbeiter"
- 36 Versammlung der DN in Dortmund verhindert
- 38 Dortmunder Prozeß gegen die NO
- 43 Verleihung des "Goldenen Hammers" in der Marler Moschee
- Debatte**
- 14 Superwahljahr 1994
- 29 Fluchtursachen von Frauen aus Kurdistan
- Dokumentation**
- 18 Mexiko, Teil II
- 32 Dankeschön an die "Rote Hilfe"
- 40 Leyla Zana - Portrait einer Kurdin
- 35 **Impressum**

EIGENTUMS VORBEHALT

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wir die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der

IN EIGENER SACHE...

Da die **AntifaZ** immer noch unter einem chronischen Finanzloch leidet, haben wir für 1994 eine Änderung der Abonnenten- und Anzeigen-Regelungen beschlossen. Das **Einzelabo** kostet 27,- (**Förderabo ab 30,-**) pro Jahr incl. Porto. Die Überweisung der Abo-Kosten erbitten wir **halbjährlich** oder **jährlich im voraus**, also entweder jew. **im Januar und Juli** oder nur **im Januar** (oder Einzugsermächtigung). Die **Mehrfachabos** kosten 3,- **pro Zeitung** und sind portofrei. Die **Überweisung der Abo-Kosten** erbitten wir für jew. **2 Ausgaben im Voraus** (oder Einzugsermächtigung). Für **Anzeigen** erbitten wir ebenso **Vorkasse** für jew. **2 Ausgaben** der AntifaZ per Überweisung oder Einzugsermächtigung.

Kontonummer: 334 01 027
BLZ: 430 500 01
Sparkasse Bochum

Fast schon selbstverständlich, aber noch mal zur Erinnerung: es sind noch etliche Einzel- und Mehrfach-Abos von '93 und sogar '92 nicht bezahlt. Wir bitten um zügige Überweisung.

EDITORIAL

Einen Artikel zum **"Superwahljahr 94"** wollten wir ursprünglich an den Anfang dieser Ausgabe stellen, aber die massiven und mit dem Folterstaat Türkei koordinierten **Angriffe des deutschen Staates gegen Kurdinnen und Kurden** waren uns dann doch wichtiger. Neun Menschen haben versucht, sich zu verbrennen, zwei starben! Für Kanzler Kohl war dies "unerträglicher Terror" - gegen "uns Deutsche".

Das verschlägt uns die Sprache. Man mag zu diesen "Opferselbstmorden" stehen, wie man will, aber den freiwilligen Tod dieser Menschen, der sich selbstredend nur gegen sie selber und gegen niemanden sonst richtete, als "Terror" zu bezeichnen, das wirft genügend klärendes Licht auf die moralische Verkommenheit, die bei Kohl und seinen übrigen "K's inzwischen Konsens ist. Was ist denn mit den Tausenden von Unfalltoten, die durch "deutschen" Autowahn auf "deutschen" Autobahnen alljährlich produziert werden - sind nicht deren Verursacher sehr viel eher als "Terroristen" zu bezeichnen?

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist also erneut "Kurdistan", und der erste Artikel von Klaus Dillmann beschäftigt sich dann auch mit dem **"Tödlichen Newroz-Feuer auf deutschen Straßen"**. Zum gleichen Thema ein Bericht einer vierköpfigen **Beobachterdelegation aus Dortmund**, die sich vom 18.-22. März in **Diyarbakir** aufhielt. Thea A. Struchtemeier hat über **"Fluchtursachen von Frauen aus Nord- und Südkurdistan"** geschrieben, und sie schreibt auch über die Ermordung der wegen ihres entschiedenen Eintretens für das kurdische Volk international geachteten Journalistin **Elisabeth Schmidt: "Elisabeth Schmidt de öldürüldü"** schreibt die Tageszeitung **Özgür Gündem** wenige Tage vor ihrem ("befristeten") Verbot durch den türkischen Staat. Berichte über zwei von zahlreichen Demonstrationen von KurdInnen und Deutschen (aus Bonn und Bochum) schließen diesen Teil ab.

Nicht in diese Ausgabe hineingekommen ist ein Bericht über eine Veranstaltung mit dem legendären Führer in Südkurdistan **JALAL TALABANI**, die am 14. April in der Bonner Niedersächsischen Landesvertretung stattfand. Die **Frauenredaktion** berichtet über einen **brutalen Polizeieinsatz am 8. März**, dem Frauenstreiktag, in **Münster**. Zum "Superwahljahr 1994" stellt ein Artikel von Stephan W. Born vom AFB die Frage: **"SPD, CDU - Alles der gleiche Scheiß?"** Ein weiteres AFB-Mitglied sandte uns **"Ein Dankeschön an die Rote Hilfe"**, er war in zwei Gerichtsverfahren von dieser wichtigen Solidaritätsorganisation unterstützt worden.

Weitere Berichte über eine Veranstaltung des "Komitees Solidarität und Einheit der Arbeiter" in Köln, über Aktionen gegen eine geplante Veranstaltung der "Deutschen Nationalisten" (DN) in Dortmund, über die Verleihung des "Goldenen Hammer"s durch NRW-Innenminister Schnoor in Marl und über den Prozeß gegen die "Nationale Offensive" (NO) in Dortmund.

Rausgefallen ist (kein Platz mehr) ein geplanter Artikel über die "Landeskonferenz antifaschistischer Organisationen und Initiativen" in Essen. Über das zweite **Antifa-Wochenendseminar des AFB**, das vom **6.-8. Mai in Papenburg** stattfand, berichten wir in der kommenden Ausgabe. Und außerdem in dieser Ausgabe (fast übersehen): Der zweite Teil des Hintergrundberichts über Mexiko von Klaus Dillmann.

Wenn ich was übersehen haben sollte - Ihr sehts in diesem Heft. So, und nun herzliche Grüße, erfolgreiche und erfreuliche Aktionen zum 1. Mai wünscht Euch

**WT im Namen der
AntifaZ-Redaktion**

Das Gedächtnis der Menschheit für erduldet Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Die Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben. Ihr äußerster Grad ist der Tod.

Bert Brecht

TÖDLICHES NEWROZ-FEUER AUF DEUTSCHEN STRASSEN

*Kurdische Autobahnbesetzungen und Selbstverbrennungen
Deutsche Schaukelpolitik gegenüber der Türkei bei Waffenlieferungen und Auslieferung von Menschen*

Anlaß für die folgende Betrachtung über den Opferselbstmord als politische Demonstration und seine politischen Hintergründe ist die versuchte Selbstverbrennung von mindestens neun kurdischen Menschen, die in zwei Fällen "erfolgreich" war, auf bzw. neben deutschen Autobahnen anlässlich des Verbots des kurdischen Newrozfestes in mehreren deutschen Ländern.

BEISPIELE VON SELBSTVERBRENNUNGEN AUS DER JÜNGEREN GESCHICHTE

Starke Aufmerksamkeit erregte zu Beginn des damals von den USA noch als Polizeiaktion gegen Banditen dargestellten Vietnamkrieges die Tatsache, daß sich buddhistische Mönche auf öffentlichen Plätzen mit Benzin übergossen und anzündeten, um so ihren Protest gegen den Aggressor USA zum Ausdruck zu bringen. Die Aufmerksamkeit war sicher hilfreich, um den Unrechtscharakter des US-Krieges gegen Vietnam einer breiteren Öffentlichkeit bewußt zu machen. Starke Aufmerksamkeit erregte auch der Feuertod **Jan Pallachs** auf dem Wenzelsplatz in Prag, als 1968 **sowjetische Truppen in die Tschechoslowakei** einmarschierten, um den "Prager Frühling" zu zerstören, von dem damals zahlreiche Menschen einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" erhofften. Sein Andenken wird noch heute hoch in Ehren gehalten.

In der DDR verbrannte sich nach dem Bau der Mauer öffentlich **Pastor Brüsewitz**, und dies wurde hierzulande als Symbol für den Unrechtscharakter des SED-Regimes gedeutet.

In **Kurdistan** hat der Selbstmord als Ausdruck des Widerstandes eine längere Tradition. Im Zusammenhang mit dem Nachruf auf **Milgün Yildirim** (genannt **Berivan**) und **Bedriye Tas** (genannt **Ronahi**), die bei den Selbstverbrennungen auf deutschen Autobahnen starben und

zu "Symbolen von kurdischen jungen Mädchen im Widerstand" und "roten Rosen, die sich geöffnet haben, um in einem freien Kurdistan nie ihre Farbe zu verlieren", geworden seien und ihre "jugendlichen Leiber mit dem Newrozfeuer vollendet" hätten (wie es in einem Nachruf in ÖZGÜR GÜNDEM vom 9. April heißt - zumindest Berivan war bereits über das Jugendalter hinaus), wird an zwei weitere junge Frauen erinnert, die sich vor einigen Jahren in der Türkei aus Protest gegen den Krieg gegen das kurdische Volk verbrannt hatten: **Rahsan Demirel** und **Zekiye Alkan**, die auch heute noch als "Buka Newroze" (= Newroz-Braut) besungen wird. (In ÖZGÜR GÜNDEM vom 13. April stehen zahlreiche weitere Traueranzeigen von persönlichen Freundinnen und Freunden auf Berivan und Ronahi.) Im genannten Nachruf auf Berivan und Ronahi wird versichert, daß der Weg beider Frauen ehrenhaft war. Darin kommt ein in Kurdistan weit verbreiteter Gedanke zum Ausdruck, daß Ehre wichtiger ist als das Leben. Ein Mensch, der entehrt ist, ist schlimmer dran als einer, der tot ist, denn Ehre haben bedeutet Rechte haben, und Mensch ist man nur, wenn man Rechte hat. Ein toter Mensch hat Rechte, die die Lebenden respektieren müssen.

In türkischen Gefängnissen wie z.B. dem berühmten Gefängnis von Diyarbakir haben kurdische Freiheitskämpferinnen und -kämpfer wiederholt den Selbstmord einem langsamen Verfaulen bei lebendigem Leibe oder weiteren

Folterungen, wie sie z.B. der kurdische Schriftsteller Abdul Kadir Konuk in seinem Roman "Folter" sehr präzise und einfühlsam beschreibt, und der Gefahr, diesen nicht standhalten zu können und zu Aussagen über Mitkämpfer erpreßt zu werden, vorgezogen.

Die Selbstverbrennung von vier Freiheitskämpfern als Akt der Selbstbefreiung und zugleich Fahnal nach außen hin wird auch in einem Theaterstück gefeiert, das vor einigen Jahren von einer Istanbuler Theatergruppe auch in Deutschland in mehreren Städten aufgeführt wurde.

HINTERGRÜNDE FÜR DIE KURDISCHEN SELBSTVERBRENNUNGEN IN DEUTSCHLAND

Die auffällige Häufung von Selbstmorden stellt einen besonders drastischen Ausdruck emotionaler Aufladung dar, die die von der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller zum Programm erklärte "Endlösung der Kurdenfrage" inzwischen auch in Deutschland erreicht hat.

rasant zugenommen. Wen wundert es da, wenn auch außergewöhnliche, aus Fassungslosigkeit resultierende Reaktionen häufiger werden?

Ähnliches gilt für Abschiebehäftlinge auch aus anderen Ländern, die oft monatelang im Knast sitzen, weil sie das "Verbrechen" begangen haben, sich in Deutschland aufzuhalten.

Bevor auf die Reaktion der deutschen Medienöffentlichkeit auf die eingangs erwähnten Selbstverbrennungen in Deutschland eingegangen werden kann, muß der Hintergrund noch näher ausgeleuchtet werden, vor dem das geschah. Von einem Mann, der sich angezündet hat, gibt es eine Fotoserie, die im SPIEGEL (siehe Fotos in dieser Ausgabe) veröffentlicht wurde. Er soll als lebende Fackel auf die Polizei zugelaufen sein und damit der Behauptung, die Kurden hätten deutsche Polizisten verbrennen wollen, Nahrung gegeben haben.

Berivan und Ronahi haben "Freiheit und Un-

abhängigkeit für Kurdistan" gerufen, bis ihnen die Stimme versagte. Berivan verbrannte an Ort und Stelle, Ronahi starb an den Folgen ihrer Verletzungen im Krankenhaus.

Die kurdische Sängerin Berivan ist einigen unserer Leserinnen und Leser sicher von



Aus: Spiegel 13/1994

Für die unmittelbar Betroffenen hat die rapide Verschärfung ihrer Situation etwas Schwindelerregendes. Sie wissen natürlich, daß fast täglich zahlreiche ihrer Landsleute aus Deutschland in einen Staat abgeschoben werden, in dem Folter, Verschwindenlassen und Krieg auf sie warten. Das Gefühl der Unsicherheit hat unter ihnen

Musikkassetten her bekannt, die von ihren Liebern gemacht worden sind, in denen sie den Freiheitskampf des kurdischen Volkes und seine Kultur besingt. Sie hat sich, wie sie in einem hinterlassenen Brief zum Ausdruck brachte, aus Verzweiflung verbrannt, um ihren Protest gegen den gegen ihr Volk geführten Vernichtungskrieg der türkischen Generalität und gegen die

deutschen Waffenlieferungen an die Türkei zum Ausdruck zu bringen. So bringt es ein Offener Brief des Niedersächsischen Flüchtlingsrates an Bundesinnenminister Kanther vom 22. März zum Ausdruck, worin dieser zu einer förmlichen Ent-

schuldigung gegenüber der - in Mannheim wohnhaften - Familie von Berivan wegen seiner verleumderten und das ganze kurdische Volk beleidigenden Äußerungen aufgefordert wird. Kanther hatte geäußert, daß die Kurden nun schon anfangen, ihre eigenen Frauen zu

verbrennen, und damit dem - im Fernsehen verbreiteten - Verdacht Nahrung gegeben, sie seien eigens aus Istanbul eingeflogen, um sich auf Befehl der PKK in Deutschland umzubringen. Beweise für derartige Anschuldigung zu erbringen, hält offenbar niemand für nötig. Getreu dem Motto: "Es bleibt immer etwas hängen", auch wenn die Behauptung sich als falsch herausstellt. Zumindest Berivan und Ronahi hielten sich schon länger in Deutschland auf.

WAS GEHT DAS ALLES UNS DEUTSCHE AN?

Vor zwei Jahren hatten türkische "Sicherheitskräfte" zum Newrozfest ein Massaker angerichtet: Mit deutschen Panzern wurde auf friedliche und waffenlos demonstrierende Kurden geschossen. Auf dem Boden einer Flußbrücke sitzende Frauen, Kinder und alte Männer, denen in Nusaybin der Weg zum Friedhof versperrt worden war, weil das Gedenken an ihre toten Freiheitskämpfer als ein Akt der Bekämpfung des türkischen Staates betrachtet wurde, wurden mit einem deutschen Radpanzer zu Tode zerquetscht.

Die deutsche Regierung sah sich damals gezwungen, drei Monate lang keine Waffen mehr an die Türkei zu liefern. Nach dieser Schamfrist wurden die Waffenlieferungen allerdings wieder aufgenommen. Bis heute behaupt-



Aus: Spiegel 13/1994

et die Bundesregierung jedoch (etwa in dem von Kanther herausgegebenen Verfassungsschutzbericht, aber auch z.B. in der Verbotungsverfugung) steif und fest, es habe sich um Kämpfe zwischen türkischem Militär und kurdischer Guerilla gehandelt.

Sämtliche ausländischen Beobachterdelegationen, darunter eine Allparteiendelegation des britischen Unterhauses, hatten jedoch von kurdischer Guerilla weiß und breit nichts wahrgenommen.

Auch die Anfang 1993 erstattete Anzeige gegen deutsche Stellen wegen Beteiligung am Völkermord am kurdischen Volk durch den Generalbundesanwalt Ende 1993 wurde, gestützt auf diese und andere für jeden halbwegs unterrichteten Menschen offenkundige Lügen in Kanthers Verbotsbegründung, niedergeschlagen. Begründung: Es bestehe nicht einmal ein "Anfangsverdacht", daß nämlich der türkische Staat Völkermord betreibt, folglich könnten auch die zugegebenen Waffenlieferungen keine Beteiligung an einem solchen Verbrechen bilden und brauchten daher auch nicht weiter untersucht zu werden. Immerhin wurde das Newrozfest in Deutschland zunächst offiziell gestattet. Das Anmieten von

öffentlichen Räumen für ein solches Fest war jedenfalls vorher möglich und wurde nicht behindert.

REAKTIONEN VON POLITIKERN UND MEDIEN AUF DIE KURDISCHEN SELBSTVERBRENNUNGEN UND AUTOBAHNBESETZUNGEN

Wie reagierten deutsche Politiker und die Medienöffentlichkeit auf die genannten Selbstverbrennungen? Diesmal sind keine Rituale von Betroffenheit angesagt, denn es sind ja "Terroristen", um die es dabei geht. Benutzt wird auch der Opferelbstmord für eine noch unverschämtere Hetze gegen Inanspruchnahme von Asyl. Wie der Bundesinnenminister reagiert hat, wurde bereits erwähnt.

Die Selbstverbrennungen wurden vielfach als besonders infamer Ausdruck des kurdischen Terrorismus dargestellt, wobei inzwischen spürbar wird, daß es nur sehr vordergründig um die PKK geht, denn in Wirklichkeit ist das ganze kurdische Volk gemeint, wenn Kanzler Kohl den Gaststatus der, wie der SPIEGEL einräumt, in ihren Rechten auf deutschem Boden besonders stark eingeschränkten Kurden anspricht.

Bei der Hetze gegen die Kurden schoß das Massenblatt BILD mal wieder den Vogel ab, das unter der Schlagzeile "Was wollen die Kurden von uns?" seiner Leserschaft Angst vor einem Krieg auf deutschem Boden einjagte und empfahl, alle Kurden nach Hause zu schicken. Als wenn sie ein Zuhause hätten!

Bayerns Innenminister Bechstein will Menschen in Folter und möglicherweise den Tod abschieben, weil sie eine Autobahn blockiert haben oder mit Feuer gegen Bereitschaftspolizei und Beamte der GSG9 vorgegangen sein sollen. Die Rede war von einem Versuch, deutsche Polizisten zu verbrennen. Offenbar sollte mit solch dramatischer Darstellung auch das Erschrecken weggeschwicht werden, das die Selbstverbrennungen bei vielen hinterlassen hatten.

Der oberste Dienstherr der auf den Autobahnen eingesetzten Sicherheitskräfte, Kanther, will diese nach dieser von ihm als erfolgreich herausgestellten Aktion auch anderen Länderregierungen als Verstärkung im Umgang mit Kurden zur Verfügung stellen. Sein Konzept: "Wir werden sie immer wieder stören." (SPIEGEL, 13/94)

Auch hier zeichneten sich die Medien durch eine Propaganda aus, die den Tatsachen Hohn sprach. Hervorgehoben wurden die verletzten Polizisten, die angeblich ebenfalls verbrannt werden sollten, wobei sich die Täter feige hinter Frauen und Kindern verschanzt hätten, um sich dem Zugriff zu entziehen. Wahrheit dagegen ist, daß die Sondereinheiten bei ihrem Vorgehen

mal wieder auf Frauen, Kinder und alte Menschen keinerlei Rücksicht genommen haben.

Eine physische Fremdeinwirkung, wie sie die Fotoserie zu dem in Flammen gesetzten Mann im SPIEGEL subtil suggeriert, hat zumindest bei den beiden Frauen nicht stattgefunden, und was die psychische Seite anbelangt, läßt sich allenfalls spekulieren, denn Tote sind auch psychisch nicht mehr vorhanden. Eine Trauerkundgebung zu den beiden Frauen wurde von deutschen Spezialeinheiten in das bis dahin mit Abstand heftigste Bürgerkriegsmanöver "umfunktioniert". Der baden-württembergische Ministerpräsident Teufel griff danach den - schon vor einem halben Jahr von Scheuble gemachten - "Denkstolz" auf, den Einsatz der Bundeswehr "als eine Nationalgarde auch im Innern" zu fordern. Das läßt den Verdacht aufkeimen, daß die um ihre Rechte kämpfenden Kurden hier als Spielball für "Höheres" benutzt werden.

OPFERSELBSTMORD AUS ANTIFASCHISTISCHER SICHT

Wie stehen wir Antifaschistinnen und Antifaschisten zum Opferelbstmord als Akt politischer Demonstration? Kann das eine gültige Perspektive sein? Ohne über den Einzelfall abschließend urteilen zu wollen, meine ich: Nein. Es ist ein endgültiger, nicht mehr rückgängig zu machender Schritt, und wer ihn macht, ist danach körperlich und seelisch nicht mehr vorhanden. Man lebt allenfalls noch in der Erinnerung anderer Menschen weiter, hat sich selbst aber beseitigt. Jeder Mensch hat nur ein Leben, und wenn dieses zu Ende ist, kommt er nie wieder. Es fällt mir schwer, mir vorzustellen, daß ein Mensch mit dem Wegwerfen seines eigenen Lebens Achtung vor dem Leben anderer zum Ausdruck bringen kann. Ein fortschrittlicher Mensch, der sich dazu entschließt, entzieht sich damit der weiteren Mitwirkung beim Kampf um eine bessere Gesellschaft. Antifaschistischer Kampf aber ist ein Kampf für die Respektierung des Rechts jedes Menschen auf Leben.

Das jetzt von Bonn laut verkündete Waffenembargo ist nicht Folge der Selbstverbrennungen, sondern möglicherweise der Tatsache, daß die bei den türkischen Kommunalwahlen siegreiche klerikalfaschistische Wohlstandspartei auch mit "antiimperialistischen" Tönen ihren Wahlkampf bestritten hat und man zur Zeit nicht sicher ist, wie sich die Verhältnisse in der Türkei weiterentwickeln. Selbst die USA, die mit einer halben Million Soldaten im Lande stehen, sind - in Erinnerung an den Sturz des Schahregimes - verunsichert.

LISSY SCHMIDT IST TOT

- Sie wurde mit ihrem kurdischen Begleiter AZIZ KADER FARAJ bei Suleimaniye/Südkurdistan (Irak) erschossen -

Elisabeth Schmidt de öldürüldü (Elisabeth Schmidt ist auch ermordet worden) betrauerte die Tageszeitung Özgür Gündem (freie Tagesordnung) den 16. Journalistenmord im Gebiet der Türkei und Kurdistan. Doch dieses Mal galten die tödlichen Kugeln des 3. April nicht der Mitarbeiterin eines kurdischen oder türkischen Nachrichtenmagazins, sondern einer deutschen Journalistin, die für ausländische Nachrichtenagenturen und Hilfsprojekte arbeitete. Aber ebenso galten die Schüsse von SULEIMANIYE einem kritischen und unbequemen Journalismus, dem wieder einmal von unbekanntenen Tätern ein tödlicher Stoß versetzt werden sollte.

Lissy Schmidt war die einzige ausländische Journalistin, die seit Mitte der achtziger Jahre ständig in kurdischen Gebieten lebte. Andere ausländische Journalisten

- nahezu ausschließlich Männer - zogen es stattdessen vor, von ihren Fernschreibern aus das Geschehen in Kurdistan zu kommentieren, von manchen Kurzvisiten einmal abgesehen. Nach ihrer Ausweisung aus den türkisch kontrollierten Gebieten 1991 lebte LISSY SCHMIDT in ARBIL, SÜDKURDISTAN. Bevor sie mit ihren Reportagen aus den kurdischen Gebieten der Türkei begann,

arbeitete sie für die türkische Tageszeitung Cumhuriyet. Anschließend hielt sie sich vorwiegend in der heimlichen Hauptstadt Kurdistans, in DIYARBAKIR auf, um von dort aus über die Lage von Kurdinnen und Kurden zu berichten. Die meisten Berichte über die Newrozmassaker im Jahre 1991 stammten von ihr, und 4 Monate später war sie es, die zum Mord an VEDAT AYDIN (Vorsitzender der nunmehr verbotenen HEP =

Partei der Arbeit des Volkes) recherchierte. Ihr Verdienst ist es, als eine der ersten ausländischen Journalistinnen engagiert über die Zerstörungen kurdischer Dörfer durch die kurdische Armee und die ständigen Angriffe auf die kurdische Bevölkerung berichtet zu haben, solidarisch mit den Verfolgten und kritisch gegen die Verantwortlichen, die Türkei, den Irak und auch die BRD. Während

der Beerdigungsfeierlichkeiten am 10. Juli 1991 geriet auch sie in die Schußlinie der Militärpolizisten. Gemeinsam im Bus der HEP-Abgeordneten und KollegInnen der nunmehr eingestellten Wochenzeitung Yeni Ülke (neues Land) beobachtete sie den Beerdigungszug der über 80.000 Menschen, als Militärkräfte mit Schüssen auf den Trauerzug begannen, verließ



Lissy Schmidt ©TAS Ffm. 16.4.94

LISSY SCHMIDT den Bus, um die Angriffe zu filmen. Dabei wurde sie von Polizisten angegriffen und rüde mißhandelt, indem ihr die Kleider vom Leibe gerissen und sie anschließend zurück in den Bus geworfen wurde. Nach einer kurzfristigen Inhaftierung ging sie in den Irak, kehrte jedoch wieder zurück nach Diyarbakir, wurde dort erneut festgenommen und anschließend von der Türkei zur unerwünschten Person erklärt (AntifaZ Nr. 32/1991). Daraufhin verlegte sie ihren Arbeitsschwerpunkt endgültig nach Südkurdistan.

LISSY SCHMIDT war freie Mitarbeiterin bei AFP (Agence France-Presse) und beim Westdeutschen Rundfunk. Früher schrieb sie auch für die taz, die aber schon frühzeitig mit ihrem schnellen Ausscheiden einen informativen und investigativen, d.h. erforschenden Journalismus zum The-

Süden. Jedoch begann mit den Recherchen LISSY SCHMIDTS eine andere Lesart über Kurdistan in den deutschen Medien, entgegen der offiziell und laut ausgesprochenen Vorurteile.

Obwohl noch immer nicht eindeutig geklärt, wurde mittlerweile vom Kurdenführer JALAL TALABANI (PUK) am Abend des 14. April in - der Bonner Landesvertretung von Niedersachsen bekanntgegeben, wer das Feuer auf LISSY SCHMIDT und ihren kurdischen Begleiter AZIZ KADER FARAJ 30 km entfernt von SULEIMANIYE eröffnete. So wie TALABANI mitteilte, soll es sich bei den Mördern von LISSY SCHMIDT und ihrem Begleiter um 5 Männer handeln, die auf Geheiß von SADDAM HUSSEIN und des irakischen Geheimdienstes MUHABARAT operierten. Zwei Männer - ein TAHIR ABU MUHAMMED sowie ein ISMAEL HAMMA MUSTAFA - seien mittlerweile bei KIRKUK inhaftiert und nach Suleimaniye geschafft, einer der mutmaßlichen Mörder, TAHIR ABU MUHAMMED, mittlerweile geständig, drei weitere Männer mit den Namen SAID ABDULLAH, WELAN AHMED und MOHAMMED SARANI, bekannt und würden in naher Zukunft festgenommen werden. TALABANI steht unter Beweiszwang, schließlich geschah der Mord in dem von seinen Peshmergas kontrollierten Gebiet Überzeugend wirkten seine Argumente jedoch nicht, denn dazu war vielen anwesenden NGOs aus dem betroffenen Gebiet bewußt,



Lissy Schmidt © TAS Ffm. 16.4.94

ma Kurdistan verlor. Anschließend berichtete sie unter dem Pseudonym MILENA ERGEN für die Frankfurter Rundschau. Sie war eine Kennerin der kurdischen Regionen, sprach fließend türkisch sowie kurdisch in verschiedenen Dialekten. JedeR in Kurdistan, vom Abgeordneten bis zum Hotelpersonal, kannte und fragte nach LISSY SCHMIDT. Taxifahrer waren stolz, sie begleitet zu haben - auch wenn dies sie später selbst unweigerlich ins Gefängnis brachte. Für die kurdische Bevölkerung gehörte sie wie zur Familie. Und obwohl sie die Existenznöte und Alltagsorgen eines vom Genozid betroffenen Volkes beschrieb und amtlichen Sprachregelungen - auch im internationalen Rahmen - auf den Grund ging, machte sie sich niemals zum Sprachrohr von kurdischen Parteien, weder im Norden, noch im

daß die Verzweigungen komplizierter sind. Unberücksichtigt blieben auch die bislang unzugänglichen Briefe von LISSY SCHMIDT an ihre Freundinnen und Freunde, in denen sich Hinweise auf eine Täterschaft vermuten lassen können. Ging die taz noch naiverweise davon aus, daß die Schüsse auf die Journalistin nicht gezielt gewesen sein können (5.4.94), so betonten die Frankfurter Rundschau und die Westdeutsche Allgemeine Zeitung von Anfang an das Gegenteil (5.4.94). Die US-Regierung benutzte den Mord an LISSY SCHMIDT zu einer geschickten Kriegspropaganda in eigener Sache, daß der Irak Kopfgeleider auf Ausländer aussetzt (WAZ 6.4.94). Der begleitende kurdische Peshmerga, der ebenso bei dem Attentat umkam, wurde dabei stillschweigend ausgeblendet. Einige kurdische

Journalisten ziehen eine Zusammenarbeit des irakischen Geheimdienstes MUHABARAT mit dem türkischen Geheimdienstes (MIT) in Erwägung. Auch über eine Zusammenarbeit von Gruppen, die gezielt die Vernichtung von PKK-Stellungen im nordirakischen Gebiet im Auge haben, wird nachgedacht. Dafür bewegte sich nämlich die Journalistin zu nah an den Tatsachen, auch wenn der Mord weiter südlich verübt wurde - ein weiteres Indiz dafür, daß ihre Schritte überwacht wurden und die Ermordung geplant war. In den Wochen vor ihrer Ermordung hatte LISSY SCHMIDT noch über Tausende von flüchtenden Kurdinnen und Kurden berichtet, die aus den türkischen Grenzstädten CIZRE und SILOPI vor den türkischen Militärs und den anstehenden Kommunalwahlen geflüchtet waren. Doch die kurdische Regionalregierung konnte den Ansturm der Angehörigen aus dem Norden kaum versorgen, so daß, wie LISSY SCHMIDT schrieb, der kurdische Regionalminister für humanitäre Hilfe in Kontakt mit dem türkischen Außenministerium trat. Dieses wies darauf hin, daß ein Büro des türkischen Halbmondes in DAHOK (Südkurdistan) die Unterstützung der geflohenen Bevölkerung veranlassen könnte. Jedoch war kurz zuvor dieses Büro dadurch in die Schlagzeilen geraten, daß es nur Unterstützung versprach, wenn die Bürgermeister der geräumten Dörfer sich bereit erklärt hatten, bewaffnet gegen die PKK im Nordirak vorzugehen (FR 21.3.94).

Schon seit Anfang September 1992 bestanden Kontakte auf Verhandlungsebene zwischen Führern der kurdischen Regionalregierung und dem ein halbes Jahr später verstorbenen türkischen Staatspräsidenten TURGUT ÖZAL mit dem Ziel einer Lösung der kurdischen Frage. Die kurdische Bevölkerung im Irak fühlt sich immer noch dem Irak zugehörig, sah bislang einen eigenständigen kurdischen Staat noch als Fernziel an und gab sich vorerst mit der im Mai 1992 erlangten Regionalregierung zufrieden. Hinzu setzt sie - Obwohl sie im Kampf gegen Saddam Hussein alleine gelassen wurde - noch immer auf den Schutz von Europa und vor allem der USA. Derzeit kämpfen beide - der Irak als auch die kurdische Regionalregierung - jede für sich gegen das nach dem zweiten Golfkrieg gegen den Irak verhängte UN-Wirtschaftsembargo, das die Regionalregierung Kurdistans zu Unrecht mit betrifft. Das Septembertreffen von 1992 entpuppte sich jedoch als Beginn einer unheilvollen Allianz mit der türkischen Regierung, die im September zu gemeinsam durchgeführten Operationen gegen die kurdische Zivilbevölkerung in der Türkei als

auch gegen Stützpunkte der kurdischen PKK im Nordirak unter dem Deckmantel "Terrorismusbekämpfung" führte. Gleichzeitig fanden Treffen der iranischen und türkischen Regierung zum Zweck der gemeinsamen "Terrorismus"verurteilung statt, die sich gegen die PKK in der Türkei richtete sowie "für" ihre Verfolgung weltweit. Das bedeutet, daß die türkische Regierung einen enormen Druck über die eigenen Landesgrenzen hinweg ausübt, was die Kontrolle über Kurdistan und KurdInnen betrifft (s. AntifaZ Nr. 40/1993).

Einer der letzten Berichte von LISSY SCHMIDT/MILENA ERGEN signalisierte, wie vorsichtig sie vorging, als sie über Gebietsauseinandersetzungen zwischen assyrischen Christen und einzelnen kurdischen Clanführern in Südkurdistan/Irak berichtete. Beide in der Regionalregierung vertretenen Parteien sind Mitglied in der Kurdistanfront. Durch die zwei Jahrzehnte Baathpolitik (Saddam Hussein) im Norden des Irak wurden Kollektivstädte aufgebaut, in denen die ehemals deportierte kurdische Bevölkerung zusammengefaßt und dort angesiedelt wurde, wo vordem christliche Familien wohnten. Jetzt mußten die kurdischen Familien eigentlich wieder gehen, lautete die Aussage eines assyrischen Christen, die LISSY SCHMIDT protokollierte, doch sie notierte auch, daß im Gebietsstreit einige kurdische Clanführer schneller waren, nunmehr in ihrer eigenen Region die Mehrheit besaßen und keine verfolgte Gruppe mehr sind, wie Jahrzehnte zuvor (FR 6.4.94).

Die Fäden zwischen Nord- und Südkurdistan, von West nach Ost laufen quer. An ihren Enden sitzen am allerwenigsten die kleinen Leute der verfolgten kurdischen Bevölkerung sowie der anderen Minderheiten selbst. Selbstverständlich war dies LISSY SCHMIDT bewußt, und sie muß nahe der Spur gewesen sein, wo sich Interessensgegensätze in Bezug auf Kurdistan im Fadenkreuz kreuzen. Das aufzudecken war sicher mit ein Grund, sich einer unliebsamen Journalistin und eines unbeugsam den Tatsachen verpflichtenden Journalismus zu entledigen.

Thea A. Struchtemeier
April 1994

Ausgewählte Lebensdaten zu Lissy Schmidt¹

1973: Beginn der politisch-sozialen Arbeit innerhalb der katholischen Jugendarbeit im Alter von 14 Jahren

1976/77: Teilnahme an der ökumenischen Jugendbewegung in TAIPEI sowie Mitarbeit im Südafrika-Arbeitskreis der katholischen Kirche innerhalb des Dritte-Welt-Hauses

1979: Einstieg in die Pax-Christi-Basisgruppe; Gründung einer kritisch-christlich orientierten Wohngemeinschaft im Taunusstein; im Laufe der Wiesbadener Rüstungsmessen Kontakte nach SÜDITALIEN/KALABRIEN

1981: Aufgabe des Studiums und Mitarbeit in einem internationalen Buchladen sowie im Koordinationsbüro von Comiso (Protestorganisation gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen der NATO in Italien)

1982: Besuch einer Werkereikooperative für ein halbes Jahr; Organisation eines humanitären Einsatzes in der Folge des Erdbebens von MURO

1984: Teilnahme am Startbahnwiderstand

1982: erste Reise in die TÜRKIE als Touristin

1984: Umzug nach ISTANBUL und dortige Niederlassung; Mitarbeit bei türkischen Tages- und Wirtschaftszeitungen

1985: Berichte über Daimlers Otomaşan-Konzern (nach dem Putsch erhöhte Otomaşan seinen Gewinn um 50%) sowie über streikende Pharmaarbeiter bei Bayer; anschließend Erlernen der kurdischen Sprache; bei Rückkehr aufenthaltend in Deutschland Teilnahme an Asylarbeit, organisiert Informationsabende über ihre Recherchen, verdient durch kurzfristige Jobs Geld (als Kassiererin bei Karstadt usw.)

1987/88: Weiterzug nach DIYARBAKIR (wo den Menschen die Nationalhymnen ins Fleisch geschlagen werden)

1990 und 1991: Kommentierung der Newroz-Ereignisse in Türkisch-Kurdistan

Juni 1991: Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten von VEDAT AYDIN; hatte kurz zuvor mit einem kurdischen Freund ein Pressebüro eröffnet; danach kurzfristig letzte Begleitung einer Reisegruppe; später Einreiseverbot in die Türkei

ab März 1991: erster Besuch von SÜDKURDISTAN/IRAK; besucht im Auftrag von medico international die Flüchtlingslager nach dem Giftgasmassaker von Halabja sowie nach dem Ende des 2. Golfkrieges (Hunger riecht - der Atem der Verhungerten); Gedanken zu internationalistischer Arbeit angesichts der Tatsache, daß im befreiten Kurdistan das Volk yes, yes Bush ruft; Besuche der Städte HEWLER und SÖLEMANIYE als erste ausländische Journalistin; Kontaktaufnahme zu kurdischen KünstlerInnen; fährt in kurdischer Kleidung in die Stadt KIRKUK, fällt jedoch auf und wird nach 5 Tagen Haft nach JORDANIEN ausgewiesen

Winter 1991/92: Arbeit für medico international; Sprengstoffanschlag auf ihr Auto sowie weitere Unicef-MitarbeiterInnen

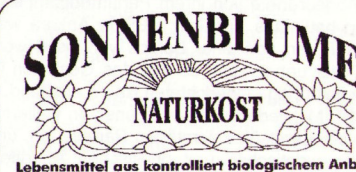
1993: erhält zum ersten Mal eine feste Stelle als Journalistin bei der Agence-France-Presse (AFP)

3. März 1994: Lissy Schmidt wird Opfer eines Mordanschlages in der Nähe von SÖLEMANIYE

Auf der Gedenkveranstaltung am 16. April im Frankfurter Volksbildungsheim waren ca. 500 Menschen zugegen, die LISSY SCHMIDT im Zusammenhang ihrer Tätigkeiten in Italien, der Türkei und Kurdistan begegnet waren. Anlässlich der Gedenkfeier wurde auch die Ausstellung *Der Baum der Freiheit - Kurdische Kunst im Widerstand* mit Arbeiten u.a. von ADNAN SHINO und ALI KARIM ausgestellt, Künstler, die Lissy Schmidt während ihrer Aufenthalte in Kurdistan kennengelernt hatte.

© Thea A. Struchtemeier, TERRES DES FEMMES Türkei-Kurdistan-Koordination u. AntifaZ

Anzeige



SPRINGSTR. 2 **AM HAUPTBAHNHOF**
45657 RECKLINGHAUSEN

TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
Ökologische Weine, Sekt und Säfte
Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18⁰⁰ Uhr
Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

¹ Aus den Informationen der Freundinnen und Freunde von Lissy Schmidt

BERICHTE EINER DORTMUNDER BEOBACHTERDELEGATION AUS DIYARBAKIR

Vom 18.. bis zum 22. März hielt sich eine vierköpfige Beobachterdelegation von Grünen und einer weiteren Personen aus Dortmund in der Türkei und in Nordkurdistan (Diyarbakir) auf. Hier ihre drei Berichte nach Deutschland:

Diyarbakir, 20.3.94, 10.30 Uhr Ortszeit

1. Bericht der Dortmunder Delegation "Newroz 94"

Noch am Abreisetag (Freitag) ist zu den Delegationsteilnehmern (Hannes Düchting, Margarida de Lima-Werner, Till Strucksberg) Markus Görres aus Dortmund dazugestoßen.

Am Sonntag Vormittag zwei bewegende Gespräche über die verzweifelte Situation der kurdischen Bevölkerung in der Türkei:

Gespräch mit Vorstandsmitgliedern und Abgeordneten der Demokratischen Partei (DEP). 7 Abgeordnete von ihr sitzen z.Zt. in Untersuchungshaft, und ihre Immunität ist aufgehoben, weil - bzw. obwohl - sie sich in ihrer Tätigkeit als Abgeordnete für die Rechte der kurdischen Minderheit eingesetzt haben. (Im türkischen Fernsehen wird stündlich ein abgehörtes und aufgezeichnetes Telefongespräch gesendet, das eine DEP-Abgeordnete von ihrem Parlamentsapparat geführt hat!) Das Büro der DEP in Ankara war vor 10 Tagen von einer Bombe verwüstet worden (Täter unbekannt), so daß das Gespräch in einem notdürftig eingerichteten Raum stattfand.

Die DEP-Mitglieder berichteten uns von weiteren 20 durch Brandsätze zerstörten Parteibüros, unzähligen juristischen und physischen Angriffen gegen offizielle Vertreter. In der laufenden Wahlkampagne zu den in der Türkei am kommenden Wochenende stattfindenden Kommunalwahlen sind 350 (!) ihrer Kandidaten und Funktionäre verhaftet worden. Die kurdische Region gleicht mit 350.000 zusätzlichen Sicherheitskräften (Militär und Geheimdienst) einem Heerlager. Die Wahlurnen werden nach Schluß der Stimmabgabe für Stunden an nicht kontrollierten Orten "aufbewahrt". All das hat den DEP-Vorstand dazu gebracht, den Rückzug von der Wahl zu beschließen, weil unter diesen Umständen von einer demokratischen Wahl nicht die Rede sein könne.

2. Gespräch mit Mitgliedern des Vorstandes des Menschenrechtsvereins Ankara:

Zahlen allein für Februar 94:

- 16 Menschen in Untersuchungshaft umgekommen
- 29 Festgenommene spurlos verschwunden
- 69 inhaftierte Journalisten

- 18 Publikationen beschlagnahmt
- 4 Parteien bzw. Organisationen verboten (u.a. die Grüne Partei)
- 877 durch die Polizei Verhaftete
- 109 Monate Gefängnis für Journalisten - Urteile im Februar
- 15 Parteibüros zerstört
- 39 Tote durch Unbekannte, davon 34 Zivilisten
- 17 Dörfer im kurdischen Gebiet entvölkert und verwüstet

Der Menschenrechtsverein selbst steht unter starkem Druck: 7 seiner Rechtsanwälte stehen vor Gericht wegen Inhalten aus Prozessen, in denen sie als Rechtsanwälte tätig waren. Der Verein befürchtet zu den Newroz-Feierlichkeiten ab Sonntag Abend erhebliche Übergriffe des Militärs, obwohl die Feiern nicht verboten wurden.

Aufgrund der gespannten Lage und in Absprache mit den bundesweiten Delegationen haben wir, die Dortmunder Delegation, beschlossen, unser ursprüngliches Ziel, Agri, aufzugeben und vorerst in der Provinzhauptstadt Diyarbakir zu bleiben, wo die größten Feierlichkeiten erwartet werden, u.a. deshalb, weil hier Hunderttausende von Flüchtlingen aus den im Umkreis bombardierten Dörfern in Flüchtlingslagern leben.

Ankunft gestern Nachmittag in Diyarbakir. Auf dem Flughafen und dann auch in der Stadt massive Militärpräsenz. Im Hotel treffen wir weitere Delegationen aus anderen Städten Deutschlands. Von Kennern der Lage wird uns empfohlen, auf keinen Fall allein, am besten in kleinen Gruppen die Stadt anzusehen.

Abends die Meldung, daß im etwas weiter entfernten Van eine 60köpfige Delegation auf dem Flughafen festgehalten und sofort nach Istanbul zurückgeschickt wurde. Verschiedene Gruppen kommen zurück, die eigentlich in umliegende Ortschaften gelangen wollten, aber von Polizei- und Militärkontrollen nicht durchgelassen wurden.

* _ * _ *

Diyarbakir, Montag, 21.3., 9.30 Uhr Ortszeit
(7.30 Uhr MEZ)

2. Bericht der Dortmunder Delegation "Newroz 94"

Keine der Delegationen, die in die umliegenden Kleinstädte gelangen wollten, ist durchgekommen. Sie wurden an Straßensperren des Militärs oder der Polizei, die außerhalb von Diyarbakir alle 20 bis 30 km stationiert sind, jeweils kurz vor ihrem Ziel zurückgewiesen. Begründung: Es könne für ihre Sicherheit nicht garantiert werden. So wissen wir nichts über die Situation im Umland.

Über die Vorkommnisse in Van haben wir nur Kenntnis über Berichte aus 2. und 3. Hand und aus einer Pressekonferenz des für die im Ausnahmezustand befindlichen Regionen zuständigen Supergouverneurs. Für die Zurückweisung der Delegation gab er der internationalen Presse die für uns völlig unglaubwürdige Begründung, 4 Teilnehmer hätten sich geweigert, sich auszuweisen. Befragt, ob Feierlichkeiten der Bevölkerung erlaubt seien, erwiderte er, daß fröhliche Feiern von Menschen im Park bis zu 150 Personen nicht verboten wären, Demonstrationen allerdings angemeldet werden müßten. Aus vielen Berichten von Menschen aus Vereinen und Organisationen haben wir inzwischen erfahren, daß alle solche Anmeldungen nicht genehmigt wurden.

Hier in Diyarbakir sind inzwischen ca. 50 Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern, auch verschiedene Journalisten-Teams. Aufgrund dessen - so vermuten wir - ist die Militärpräsenz in der Stadt deutlich verringert worden, die Kontrollen im Umland aber (sind) verstärkt worden.

Unser Kontakt zum hiesigen Menschenrechtsverein ist sehr gut. Nicht nur, daß er uns den Kontakt zu den Vereinen hergestellt hat; wir konnten uns nach Einbruch der Dunkelheit (also ab 18 Uhr) - immer in Gruppen - relativ sicher in der Stadt bewegen, weil ein Beobachter uns begleitete.

Heute wollen verschiedene Delegationen nach Anmeldung beim Supergouverneur doch noch in die umliegenden Kleinstädte. Die Dortmunder Delegation bleibt in Diyarbakir und wird die Feierlichkeiten an verschiedenen Orten in der Stadt beobachten, die ab Mittag beginnen werden.

* _ * _ *

Diyarbakir, 21.3.94, 24.00 Uhr Ortszeit

3. Bericht der Dortmunder Delegation "Newroz 94"

Newroz 94 in Diyarbakir - ein Tag voller Unterdrückung und Furcht.

Der 21. März ist traditionell der Tag in Kurdistan, an dem die Bevölkerung auf die Straßen strömt,

Freudenfeuer anzündet, gemeinschaftlich tanzt und singt. Weil das in den vergangenen Jahren zu einem Ausdruck des Überlebenswillens des kurdischen Volkes, seiner Kultur und seines Anspruchs auf Selbstbestimmung geworden war, wurde all dies vom türkischen Staat blutig unterdrückt. Die Massaker von 92 durch das türkische Militär und die Drohungen dieses Jahr von seiten der türkischen Regierung waren Anlaß für Hunderte von Delegationen aus dem europäischen Ausland, in die kurdische Region zu kommen.

Auf der einen Seite: Wir können aufatmen! Es ist nichts geschehen, was wir an offener Unterdrückung von seiten des türkischen Staates befürchtet hatten. Es hat - jedenfalls in unserem Gebiet - keinen massiven Einsatz des türkischen Militärs gegen die Bevölkerung mit Toten und Verletzten gegeben. Sicherlich auch ein Erfolg der Anwesenheit der internationalen Beobachterdelegationen.

Auf der anderen Seite: Wir sind betroffen! Was wir allein in den drei kurzen Tagen durch eigenes Sehen und durch Aussagen von Menschen hier an alltäglicher Unterdrückung des kurdischen Volkes erfahren haben, haben wir uns bis dahin nicht vorstellen können.

- Während unseres Besuchs der Regionalbüros der Zeitung AZADI in Diyarbakir traf das Verbot der gerade frisch vorliegenden Ausgabe ein.

- Dabei berichtete uns der Mitarbeiter von AZADI von einer kurzen Vernehmung (mit Schlägen) durch Polizisten, nachdem er uns in unserem Hotel aufgesucht hatte.

- Weiterhin erwartet er 15 Tage Polizeihaft (ohne richterliche Anordnung möglich), in denen er verhört und gefoltert wird.

- Die Gelassenheit, mit der er von seinen bisher getöteten Kollegen erzählte, und daß er und andere trotzdem weitermachen, um der einseitigen Information wenigstens etwas entgegenzusetzen. Der Mut der meisten Geschäftsleute in den Vororten von Diyarbakir, die trotz polizeilicher Aufforderung ihre Geschäfte zu Newroz geschlossen ließen, als Zeichen des eigentlich verbotenen Feiertages.

- Die Angst und die Verzweiflung der Bevölkerung in den Vororten angesichts der Panzer an den Straßenecken, der flächendeckenden Durchsuchung ihrer Wohnungen, der durch Unbekannte Getöteten und spurlos Verschleppten (das Wort "Todesschwadron" fiel, das wir bisher nur aus den Diktaturen der 3. Welt kennen).

All das hat dazu geführt, daß es nur an wenigen Stellen zu Feiern der Bevölkerung im Freien gekommen ist, wie es ansonsten Tradition in Kurdistan ist.

gez. Till Strucksberg, gez. Markus Görres, gez. Hannes Düchting, gez. Guida de Lima-Werner



SUPERWAHLJAHR 1994 SPD, CDU - ALLES DER GLEICHE SCHEISS ?

Inzwischen kristallisiert es sich deutlicher heraus, mit welchen "Wahlstrategien" die großen "Volksparteien" CDU und SPD in diesem Jahr ihr Wahlvolk gewinnen wollen: Die CDU setzt verstärkt auf "Nationalismus" und "Starken Staat", die SPD versuchte anfangs, die "soziale Frage" für sich zu belegen, bekam dann aber Angst vor der eigenen "Courage" und läuft nun immer schneller der CDU hinterher, schafft es aber nicht so ganz, sich in Sachen "Nationalismus" und "Starker Staat" als noch kompetenter als die CDU darzustellen.

Deutschland auf dem Weg nach rechts:

Hinter den Propagandahüllen der "Volksparteien" verbirgt sich bzw. ist eigentlich immer deutlicher erkennbar der Hauptstrom, der sich in diesem Land eindeutig nach rechts bewegt. Insbesondere der faschistische Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck und die Aktionen gegen AusländerInnen am 20. April, der Brand in Bielefeld, die Toten in Erlangen, all dies hat Signalcharakter: Die faschistische Gewalt in Deutschland schlägt zu, wo und wann sie will, sie ist politisch überhaupt nicht zurückgedrängt. Die alltägliche Gewalt des Faschismus, die sich nach wie vor gegen AsylbewerberInnen, AusländerInnen richtet, wird inzwischen von der Öffentlichkeit hingenommen - von diesem Staat sowieso.

Daß Schönhuber Ignaz Bubis als den "größten Volksverhetzer, der in diesem Land rumläuft", bezeichnen darf, ohne daß dieser Staat auch nur einen "Anfangsverdacht" für den Straftatbestand der "Volksverhetzung" formuliert, ist einer der vielen Mosaiksteine.

Daß NPD-Chef Deckert die historische Tatsache der Judenvernichtung in Auschwitz leugnen ("Auschwitz-Lüge") darf, ohne dafür bestraft zu werden - es paßt ins Bild.

(Die Dreistigkeit der staatlichen "Erklärungsversuche" hatte in diesem Fall eine besondere Stufe erreicht: Angeblich sei nur dann das Leugnen der Holocaust strafbar, wenn dem Leugner ein umfassendes nationalsozialistisches Weltbild nachgewiesen werden könne! Na klar!)

Daß Bundesinnenminister Kanther und mit ihm diese Bundesregierung die REPs als nicht "rechtsextrem" bezeichnen (im Verfassungsschutzbericht von 1993), obwohl alle Bundesländer außer Niedersachsen die REPs als "eindeutig rechtsextrem" bezeichnen und vom Verfassungsschutz beobachten lassen, es paßt ins Bild. Zutreffend

titelt die taz: "Reps passen in Kanthers Verfassung".

Daß Kanzler Kohl die Tatsache, daß die gegen die von diesem Staat erlassenen Verbote ihrer **Newroz-Feste** protestierenden KurdInnen auf einigen Autobahnen Reifen und einige von ihnen sich selbst anzündeten, als "Terrorismus" bezeichnete, paßt ins Bild. Es nutzt wenig, daran zu erinnern, daß deutsche Stahl- und Bergarbeiter mit vollem Recht Autobahnkreuze besetzten, um ihre befähigten Forderungen durchzusetzen. Selbstverständlich geht es dieser Regierung auch bei den Aktionen der KurdInnen nicht darum, Kritik an "Aktionsformen" zu üben, sondern darum, die Ziele des kurdischen Volkes, Freiheit, Autonomie und ein menschenwürdiges Leben, ihren berechtigten Kampf gegen die Völkermordpolitik des türkischen Staates, in Mißkredit zu bringen und die in geringem Maße vorhandene Solidarität von Deutschen völlig zu isolieren. Es ließen sich noch weitere Mosaiksteine nennen, doch für eine erste Bestandsaufnahme mag dies reichen.

Die Strategie der "Volksparteien":

Selbstverständlich ist die Politik der großen Parteien (und auch der kleinen) in diesem Jahr in besonderem Maße durch die Wahlen geprägt. Genauer ausgedrückt: Die Art und Weise, wie sie eine bestimmte Politik, das Durchsetzen bestimmter Interessen erreichen wollen, ist stärker als sonst durch das Bemühen der Wahlkampfstrategen geprägt, der Manövriermasse "Wahlvolk" geeignete Happen vorzuwerfen, die darüber hinwegtäuschen können, was sie wirklich vorhaben, oder das, was sie wirklich vorhaben, möglichst ein Stück voranbringen sollen.

Bei der Ausarbeitung der Wahlstrategien schien es anfangs so, als ob CDU und SPD einen Wahlkampf der Polarisierung anstreben: Die CDU als

die Vorkämpferin der "nationalen Interessen" bekämpft die SPD als Partei des "nationalen Verrats" (siehe Neuauflage der Anti-Wehner-Fronte und überhaupt die z.T. haltlosen Angriffe auf die SPD und ihre frühere Politik des "Dialogs" mit der DDR); die SPD als Kämpferin für die "sozialen Interessen" der Lohnabhängigen gegen eine CDU, die schamlos und auf allen Gebieten die Ärmsten schröpft und die Reichen belohnt. Dieses Szenario, das immerhin noch einen geringen Bezug hatte zu den Klassenverhältnissen hierzulande, ist inzwischen gründlich korrigiert worden.

Die Wahlkampfstrategen der CDU haben schnell begriffen, daß sie bei dieser Polarisierung nur auf die Verliererseite geraten können, die SPD-Strategen ihrerseits erkannten glasklar, daß eine Rückkehr zu einer Partei der Lohnabhängigen für die Gesamtentwicklung der SPD unvorhersehbare Folgen gehabt hätte - mal ganz davon abgesehen, daß diese Position im Wahlkampf auch gar nicht durchzuhalten gewesen wäre: Wer kann schon einerseits in jeder konkreten Wirtschaftsfrage den Faktor "Rechnet sich/nicht" als alleinigen Handlungsmaßstab nennen und auf der anderen Seite Interessen der ArbeiterInnen vertreten - das käme einer Quadratur des Kreises gleich.

Für die SPD kam hinzu, daß sie in der Einschätzung des Wahlvolkes und der real stattfindenden Rechtsentwicklung auch unter den WählerInnen zu der Auffassung kam, daß sie schleunigst auch auf den nationalistischen Zug der CDU aufspringen müsse, um überhaupt Wahlchancen zu haben.

Auf diesem Hintergrund wundert es niemanden (außer einigen der gutgläubigsten SPD-Mitglieder), daß SPD-Kanzlerkandidat Scharping als Reaktion auf die Aktionen von KurdInnen auf einigen Autobahnen nichts Schlechteres zu tun hatte, als sich lautstark für die sofortige Abschiebung "kurdischer Straftäter" auszusprechen - im Nachsatz dann die heuchlerische Selbstabsicherung, falls ihnen dort nicht die Todesstrafe drohe. Auch auf dem Gebiet der "hohen Kunst der Lüge und der Heuchelei" ist nur ein gradueller Unterschied zwischen Kohl und Scharping feststellbar: Der Schuljunge Scharping muß bei seinem Lehrer Kohl noch etwas nachsitzen.

Wer auch nur in verkümmerter Form über die moralische Kategorie "Ehrlichkeit" verfügt, weiß, daß oppositionelle KurdInnen in der Türkei durch Mord und Todesstrafe bedroht sind, wobei der faschistische türkische Staat das Geschäft der Hinrichtung heutzutage hauptsächlich durch Todeskawadronen, Özel Tim, Killerkommandos ausüben läßt und - aus außenpolitischen Gründen - offizielle gerichtliche Todesurteile seltener fällt.

Was die "Kunst der Heuchelei" betrifft, sind sich die Herren Kanther, Kohl und Kinkel und ihre türkischen Kollegen bzw. Kollegin (augenzwinkernd) einig: Es gibt keine "Anzeichen" dafür, daß der türkische Staat deutsche Waffen gegen das kurdische Volk einsetzt. Das Kalkül dieser "Heuchel"-Politik ist ja keineswegs, ernsthaft behaupten zu wollen, die Türkei setze gegen die KurdInnen keine deutsche Waffen ein - diese Tatsache ist ja im Grunde seit Jahren allen "Beteiligten" völlig klar. Das eigentliche Kalkül dieser Regierung ist, eine bestimmte außenpolitische Haltung, nämlich die Politik des Völkermords, als "deutsche Belange" unter breiteren Teilen der deutschen Bevölkerung weiter zu verankern; das geht nur durch ungezügelter Nationalismus. Auf dieser Linie liegt seit Wochen das Regierungssprachrohr BILD: Die KURDEN bedrohen UNS DEUTSCHE - wogegen WIR UNS selbstverständlich zur Wehr setzen müssen!

Hinter dem Propaganda-Schleier: die nackten Interessen des deutschen Imperialismus

Nach der "Wiedervereinigung" ist die deutsche Wirtschaft mit entschlossenen Schritten darangehen, ihre ökonomischen Interessen im Osten zu manifestieren und ihren ökonomischen Einfluß in der Dritten Welt auch militärisch und politisch abzusichern.

Anzeige



Ché Coolala
Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

20.09 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 0231 / 17 81 45 • Fax: 0231 / 17 83 47

Wie keine andere Wirtschaftsmacht - da kamen weder die USA noch Japan so schnell mit-, haben deutsche Konzerne in den Ländern des ehemaligen RGW, in Rußland, Polen, Tschechien, Bulgarien (hier etwas weniger, weil hier weniger zu holen ist), Rumänien, auf dem Balkan und vor allem in Albanien (das nicht zum RGW gehört hatte) Fuß gefaßt. Interessant ist hierbei, daß gleichzeitig mit einigen dieser Länder Abkommen über die Entsendung von "Gastarbeitern" geschlossen wurden - wobei der Anwerbestopp in den südeuropäischen Ländern einschließlich der Türkei offenbar nach wie vor gilt.

Es ist also zu vermuten - was genauer zu untersuchen wäre - daß eine größere Austausch-Aktion innerhalb des Kontingents der ausländischen ArbeiterInnen in Deutschland geplant ist. Daß insbesondere zur Zeit die großen Textilunternehmen die Vorreiterrolle bei der Einrichtung von "Zweigunternehmen" in Polen, Rußland, Tschechien einnehmen, ist angesichts ihrer "Flexibilität" kaum verwunderlich - das "Abwickeln" der traditionellen Industrieunternehmen bei Kohle und Stahl gestaltet sich da schon etwas schwieriger. Aber auch Kohle- und Schlotbarone haben sich längst im "Osten" eingekauft.

Bedenkt man zudem, daß sich parallel zu dieser Entwicklung die Zahl der deutschen Arbeitslosen auf mindestens 6 Millionen gesteigert hat, dann wird schlagartig klar, daß angesichts dieses sozialen Sprengstoffs eine Politik im Inneren entwickelt werden muß, die mit dem bisherigen "demokratischem Instrumentarium" nicht leistbar ist. Im Klartext: Die oben geschilderte politische Rechtsentwicklung muß noch durch ein geeignetes Bündel staatlicher Zwangsmaßnahmen vervollständigt werden, um den angestrebten wirtschaftlichen Zielen gerecht zu werden.

Verstärkte Reaktion nach innen - Militärpolitik nach außen

Nicht nur die herausstechenden Beispiele der quasi Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und die Verschärfung des § 218 machen diese repressive Entwicklung im Inneren deutlich.

Auch das in der Öffentlichkeit noch kaum zur Kenntnis genommene "Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994" zeigt an, in welche Richtung dieser Staat sich entwickelt.

Rasterfahndung, verdeckte Ermittler, Geldwäschegesetz - sind nicht etwa neue Gesetzesvorhaben, sondern in den vergangenen 2 Jahren bereits verabschiedet.

Mit dem neuen "Verbrechensbekämpfungsgesetz" kommen neue Verschärfungen hinzu. Der "große Lauschangriff" (Überwachung privaten Wohnraums) zählt nicht einmal zu den

weitergehenden Maßnahmen. Hier nur einige Beispiele des weitaus umfangreicheren Katalogs: -Die bisher nur für den Bereich des "Terrorismus" geltende Kronzeugenregelung soll auch im Bereich der organisierten Kriminalität angewendet werden.

- Den Verfassungsschutzbehörden soll erlaubt werden, "Mitglieder von Vereinigungen im Vorfeld strafbarer Handlungen wirkungsvoll" zu überwachen.

- Das Gesetz über die Einschränkung des Fernmelde-, Post- und Briefgeheimnisses darf auch für "international und in Deutschland agierende Verbrecherorganisationen" angewendet werden.

- Straftäter werden in Zukunft nicht nur bestraft, sie müssen außerdem alles in ihrer Macht Stehende tun, den Schaden wiedergutzumachen. Insgesamt zielt das Gesetzeswerk verstärkt auf den schlichten Gedanken der Repression - dahinter steht der Glaube, daß höhere Strafen und die Ausweitung der Ermittlungsmöglichkeiten schon eine steigende Kriminalität eindämmen könnten.

RUNDBRIEF 1/94

Alternativer Nobelpreis für Frauen ♦ Der ganz normale Mann ♦ Wahlprüfsteine: Kinderpornographie ♦ Gewalt gegen Frauen - ein Thema für Männer ♦ Reaktionen: Gewalt in Fernsehbeiträgen ♦ Rückblick 8. März ♦ Tibetische Frauen



All das ist selbstverständlich in den kommenden Monaten Teil des Wahlkampfes, insbesondere der CDU, gilt es doch, die Stammtische nach rechts zu mobilisieren, um den Ruf nach einem "stärkeren Staat" voranzubringen.

Daß dieser Staat gleichzeitig seine aggressiven Bestrebungen nach außen fortsetzt, zeigt nicht zuletzt das "Weißbuch der Bundeswehr 1994". War schon der Einsatz deutscher Soldaten in Somalia ein "Testfall", zeigen die neuesten Veröffentlichungen die (hinter humanitärem Gerede versteckte) Zielsetzung in ziemlicher Deutlichkeit:

"Deutschland muß ein mitbestimmender Faktor für Frieden und Fortschritt in Europa und in der Staatengemeinschaft werden", "es muß sich seiner wachsenden Verantwortung stellen", "Risikoanalysen über künftige Entwicklungen müssen von einem weitergehenden Sicherheitsbegriff ausgehen. Sie dürfen sich nicht auf Europa beschränken, sondern müssen die Interdependenz von regionalen und globalen Entwicklungen berücksichtigen" oder: "Deutsche Soldaten in multinationalen Verbänden sind nicht zuletzt Repräsentanten des Industriestaates Deutschland" - es ließe sich noch vieles zitieren, aber die Hauptzielsetzung ist klar: Deutsche Truppen sollen in aller Welt zum Einsatz kommen dürfen.

Und dieser Position wird sich - wie in all den anderen Fragen - die SPD nach einigem Lavieren selbstverständlich anschließen.

Als Fazit bleibt hier nur festzustellen: CDU und SPD - alles der gleiche Scheiß!

Wie können AntifaschistInnen zu den Wahlen eingreifen ?

Der Antifaschistische Bund (AFB) ruft angesichts dieser "Globaleinschätzung" selbstredend nicht zur Wahl irgendeiner Partei auf, wird aber die Kandidatur faschistischer, rassistischer und ausländischer Parteien offensiv bekämpfen, ihre Nichtzulassung zu den Wahlen fordern und ihren Wahlkampf mit phantasievollen Mitteln stören.

Was der/die einzelne von uns letztlich wählt und ob überhaupt, ist von untergeordneter Bedeutung.

Für uns ist wichtig, den "Wahlkampf" der Parteien dahingehend zu nutzen, für Solidarität mit AsylbewerberInnen, Flüchtlingen und AusländerInnen einzutreten, gegen faschistische Formierung aufzutreten, Sexismus und Kriegstreiberei anzuprangern und eine bessere Zusammenarbeit von AntifaschistInnen anzustreben.

Kleinere Fortschritte zeigen sich: Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Unterstützung der KurdInnen, für die Zurücknahme der völkerrechtlich unhaltbaren Verbote kurdischer Organisationen und der Kampf gegen die teilweise vollständige Beseitigung ihres demokratischen Rechts auf Meinungsfreiheit nehmen auch unter den Deutschen zu.

Die Zusammenarbeit von deutschen AntifaschistInnen mit ausländischen Organisationen.

Die Zusammenarbeit bei der Abwehr neofaschistischer Angriffe.

Aber dies ist erst der Anfang. Schaffen wir eine breite antifaschistische Aktionseinheit!

Stephan W. Born (A F B)

Anzeige

Cafe Alibi
Kaiserwall 11a
45657 Recklinghausen
☎ 02361/ 27709
Mo.-Fr. ab 9.30 Uhr
Sa + So ab 18.00 Uhr

Anzeige

Jonglieren
Fahrräder
Theater
Artistik
Kunst

balance. Nichts sonst.
Kortumstr.5 44787 Bochum 1Tel.:0234 -12051/ 52

500 JAHRE KAMPF IN MEXIKO

(Teil II)

DIE MEXIKANISCHE REVOLUTION

Diese Verhältnisse führten fast zwangsläufig zu Aufruhr im Lande, der 1911 in die "nationale Revolution" mündete. Der Sieg über die hochgerüstete Söldnerarmee der Porfiristen, die versuchten, das Erbe von Diaz, der am 25.05.1911 zurückgetreten war, zu retten, wurde trotz geringer Hilfsmittel in einem "Aufstand der Massen" von Soldaten, Bauern, Arbeitern, Frauen, Greisen und Kindern erfochten, die damals zu Vorbildern für die Freiheitskämpfer in aller Welt wurden.

Eine führende Rolle dabei hatte der mexikanische Revolutionär indianischer Abstammung Emiliano Zapata, der nach dem Sturz von Diaz ein radikales Agrarprogramm (Programm von Ayala mit der Hauptforderung der Rückgabe des unter Diaz dem Großgrundbesitz zugefallenen Bodens und Wiederherstellung der "ejidos", d.h. des nach indianischer Tradition bestehenden gemeinschaftlichen Landbesitzes) verkündete und 1914 zusammen mit Francisco "Pancho" Villa die Ciudad de Mexico (die alte Hauptstadt Tenochtitlan des Aztekenreiches, die inzwischen auch die Hauptstadt Mexikos geworden war) einnahm; die Regierung des Schlächters Huerta (Nachfolger von Diaz) mußte 1914 (auch auf Druck durch die USA unter Präsident Woodrow Wilson) abdanken. Der Kampf bis zum Sieg der "nationalen Revolution" hatte 1,5 Millionen Menschenleben gefordert und hinterließ unzählige verbrannte und ausgeraubte Dörfer, an Galgen und Bäumen, Gutsportalen und Kirchenglocken aufgehängte, zu Tode gehetzte und geschleifte Freiheitskämpfer; zahlreiche Menschen waren verhungert oder verdurstet. (Der Sieg dieser Revolution wurde von den damals herrschenden Klassen überall auf der Welt als ein Vorbote einer proletarischen Weltrevolution verstanden; auch das hatte dazu beigetragen, daß der Kampf so erbittert und blutig wurde.)

Es war jedoch noch keine Revolution, in der der proletarische Internationalismus im Vordergrund gestanden hätte oder gar der Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt worden wäre, sondern eher eine, die zur Nationwerdung Mexikos beitrug. Die Zielsetzung bestand in der Abschaffung von Verhältnissen, unter denen die große Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr leben konnte und wollte. Es ging um "Land und Freiheit" (tierra y libertad), und selbst diese Forderung wurde im Laufe der Auseinandersetzung noch verwässert zu "Gerechtigkeit, Frieden und Land" (justicia, paz y tierra). Sinnfällig wird dies daran, daß sich Zapata und seine "roten Bataillone" nach Besetzung der Hauptstadt in den Süden des Landes zurückzogen und den Kampf um die politische Macht anderen Kräften überließen. Angesichts des Kräfteverhältnisses in diesem vorwiegend agrarischen Land und der geringen Rolle, die etwa sozialistisch geschulte Kräfte bei der Erhebung gespielt haben, wäre mehr wohl auch nicht "drin" gewesen. Es war jedoch eine Revolution, die von agrarisch-proletarischen Massen getragen wurde; es gab in ihr einige gemeinwirtschaftliche Komponenten auf Genossenschaftsbasis, aber keinen "spontanen Drang zum Sozialismus". Das lag noch außerhalb ihrer Erfahrungswelt. Sie schuf jedoch politische Grundlagen für eine kapitalistische Industrialisierung, die heute weltweit an ihre Grenzen stößt. (Nach dem Zusammenbruch des - seit langem entarteten - ersten sozialistischen Großexperiments ist der Blick dafür heute nicht mehr verstell.)

Die Revolutionsregierung unter dem ehemaligen Lehrer und Bürgermeister von Queretano und danach Gouverneur des Staates Coahuila, Venustiano Carranza, begann 1917 mit der Enteignung des Großgrundbesitzes und verkündete die erste fortschrittliche Verfassung für Mexiko, die zugleich die erste demokratische Verfassung von ganz Lateinamerika war. Sie stellte nicht nur die durch die Porfiristen außer Kraft gesetzten Grundsätze der Verfassung von

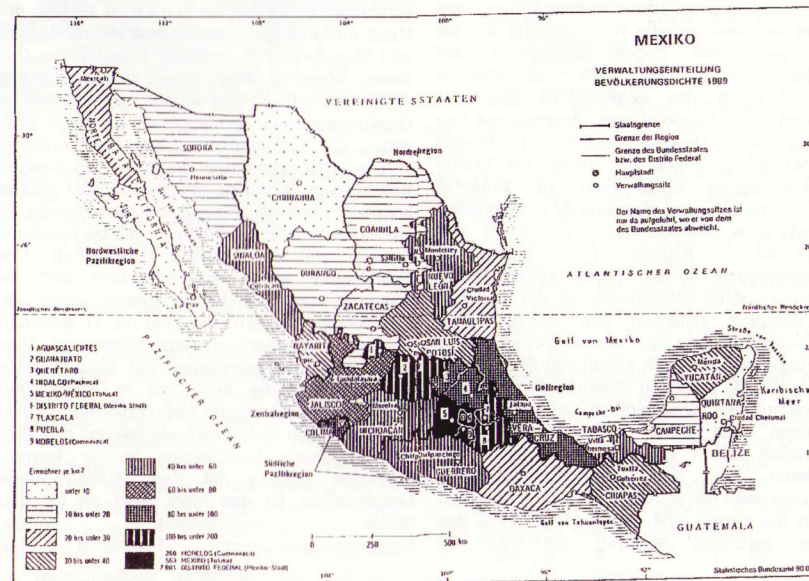
DIE "KONSTRUKTIVE REVOLUTION"

1857 wieder her, sondern geht in einer Reihe von Punkten über diese hinaus: Nach Artikel 27 gehören Land und Bodenschätze grundsätzlich der gesamten Nation, der Kirchenbesitz geht in Nationaleigentum über, der unter Diaz unrechtmäßig erworbene Grundbesitz wird den Gemeinden zurückgegeben, in jedem Bundesstaat wird ein Höchstmaß an Grundbesitz festgelegt. Artikel 123, in dem das Arbeitsrecht in der Industrie geregelt wird, sieht den Achtstundentag vor, schränkt die Nachtarbeit und die Arbeitszeit für Schwangere und Jugendliche ein, fordert gleichen Lohn für Männer und Frauen für gleiche Arbeit, gewährleistet die Sicherheit am Arbeitsplatz, das Streikrecht, fordert Einführung von Sozialversicherung und gewährt das Recht auf Zusammenschluß in Genossenschaften. Zapata wurde jedoch 1919 (unter der Regierung Carranza) vom Militär ermordet. Ein ähnliches Schicksal ereilte 1923 auch Pancho Villa, der als Landarbeiter im Nordwest Mexiko eine starke Partisanenarmee organisiert und sich Zapata angeschlossen hatte, inzwischen aber selbst zu einem Großgrundbesitzer geworden war.

Ab 1924 mündete die mexikanische Revolution unter Präsident Plutarco Elias Calles in eine "konstruktive Revolution", in der der Versuch unternommen wurde, die verschiedenen, untereinander (teilweise bis aufs Messer) zerstrittenen revolutionären Gruppen an einen Tisch zu bringen, und (ab 1929) das Einparteiensystem der "Staatstragenden Revolutionspartei" (Partido Revolucionario Institucional; PRI) errichtet wurde, die bis heute das Heft in der Hand hat. Ihren jetzigen Namen hat sie seit 1946, während sie zunächst Partei der Nationalen Revolution und unter Cardenas Partei der Mexikanischen Revolution geheißen hatte. Die PRI versteht sich programmatisch als "Partei der Werktätigen, die die notwendigen juristischen und administrativen Schritte einleitet, um einen dauerhaften Prozeß kontinuierlicher Veränderungen auf ökonomischem und sozialem Gebiet durchzusetzen." Sie will eine "neue Gesellschaft der sozialen Demokratie in Mexiko" erreichen, in der "die Interessengegensätze ausgeglichen" werden (Programm in der 1985 gültigen Fassung). Politisch läßt sich diese Partei heute am ehesten der Sozialdemokratie zuordnen.

(Ihr Tod ist ein sinnfälliger Ausdruck für die Zerstrittenheit unter den Revolutionären und auch dafür, daß die mexikanische Revolution bis in die Heimat Zapatas, den Süden Mexikos, nicht gelangt war.)

Andere Parteien sind seit 1977 zugelassen, spielen aber mit Ausnahme der konservativen



Partei der Nationalen Aktion (Partido de Accion Nacional, PAN) bisher nur eine geringe Rolle. Die PAN lehnt staatliche Eingriffe in die Wirtschaft strikt ab. Immerhin ist das politische System heute kein reines Einparteiensystem mehr.

Die unter Calles stattfindende Kirchenverfolgung traf nicht nur den hohen Klerus und fromme Christen aus der Oberschicht, sondern artete teilweise auch in eine blutige Verfolgung von Indianern aus, bei denen das Werk der christlichen Missionare die nachhaltigsten Folgen in Form tiefer Religiosität hinterlassen hatte, die um so nachhaltiger wirkte, je intakter ihre Dorfgemeinschaften geblieben waren; diese waren natürlich auch dem in Mexiko Fuß fassenden (größtenteils ausländischen) Kapitalismus im Wege, der durch seinen Raubbau an den Wäldern ihre Lebensgrundlage zu zerstören begann. Gegen die zunehmenden Eingriffe des Staates in ihr dörfliches Leben hatten sich 1926 die Cristero-Rebellen erhoben, die zwar anfangs auch auf moralische Unterstützung durch die Bischöfe rechnen konnten, aber nicht auf eine politische oder gar militärische Unterstützung durch die Kirche hoffen konnten, die vielmehr daran interessiert war, ihre durch die Verfassung von 1917 beschnittenen Sonderrechte (Grundbesitz, Einfluß auf das Bildungswesen) auf politischem Wege zurückzuerlangen, als sich in einen Glaubenskrieg einzulassen. In ihrer Propaganda gegen die mexikanische Revolution, in der sie sich vor allem gegen Enteignung des Großgrundbesitzes und gegen den Versuch wandte, durch das dem Klerus gemachte Angebot einer mexikanischen Staatskirche den Einfluß des Heiligen Stuhls in Mexiko zurückzudrängen, hob die Kirche die blutige Niederschlagung dieser von ihr zunächst aufgestachelten, dann aber eine ihr unagenehme Eigendynamik entwickelnden, vor allem von christlichen Kleinbauern getragenen Volksbewegung hervor. Calles selbst vertrat einen doktrinären Antiklerikalismus, der ihn sogar ein Komplott zwischen den ausländischen Erdölkonzernen und dem mexikanischen Klerus als ausgemachte Sache annehmen ließ; er sah in dem Konflikt zwischen Staat und Kirche einen unversöhnlichen Widerspruch zwischen dem religiösen und dem laizistischen Prinzip. Unterstützt wurde er in dieser Ansicht von Offizieren, die sich dem Freimaurertum angeschlossen hatten. Damit bekam sein Kampf gegen die Kirche eine gegen große Teile des Volkes gerichtete Stoßkraft und schuf so

Martyrer, die die Gläubigen noch fester an die Kirche banden.

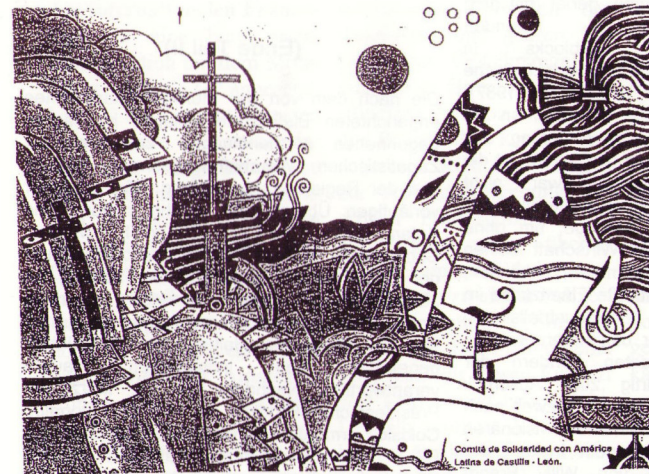
(Religion ist eben ein Seufzer der gequälten Kreatur und ein Opium des Volkes insofern, als sie die Menschen davon abhält, die Ausbeutungsverhältnisse auf Erden zu bekämpfen, weil sie angesichts der (Erb)sündigkeit der Menschen eine Gerechtigkeit auch für sich selbst erst in einem Jenseits erhoffen. Aber auch wenn die Menschen sich revolutionär erheben, ist ihre Religiosität damit nicht automatisch verschwunden, läßt sich aber auch nicht mehr so ohne weiteres von geistlichen oder weltlichen Autoritäten vorschreiben, was "Gottes Wille" ist und nimmt beispielsweise auch "Hexen", d.h. Frauen, die wegen ihrer für den einfachen, von Schulbildung noch "unbeleckten" Menschen an Zauberei erinnernden Heilkunde bei den Maya immer schon hoch geachtet, dem Klerus dagegen stets - wie jene "Maria die Erleuchtete" oder die "Jungfrau von den sprechenden Steinen" - ein Dorn im Auge waren und sind, in ihre Reihen auf, wie es die EZLN tut und wozu ihr Comandante Marcos, der in San Cristobal de las Cases den Journalisten Rede und Antwort gab, auch steht.)

DIE ÄRA LAZARO CARDENAS

Der von 1934 bis 1940 amtierende, als "der rote Präsident" bezeichnete Lazaro Cardenas verstaatlichte die (bis dahin noch zu 49 % in der Hand ausländischer Gesellschaften befindlichen und heruntergewirtschafteten) Eisenbahnen (bei denen er sogar eine Arbeiterselbstverwaltung einführte) und zahlreiche ausländische Großunternehmen und wagte es am 18.03.1938 sogar, die angloamerikanischen Erdölkonzerne im Lande zu entmachten, indem er ihre riesigen Besitzungen, allerdings gegen eine nicht gerade knappe Entschädigung aus der Staatskasse, in staatliche Hände überführte. Er gilt bis heute als Befreier von der fremden Ölherrschaft. Der Grundbesitz wurde auf höchstens 300 ha begrenzt, und die Landverteilung unter die Campesinos (Bauern) erreichte mit 17 Millionen ha fruchtbaren Bodens einen Höhepunkt. Man erließ einige Sozialgesetze und schuf soziale Einrichtungen, die auch der in Arbeit und "Tortilla" (mexikanisches Nahrungsmittel, das in Mexiko ähnlich bedeutsam wie bei uns das Brot ist) stehenden Bevölkerung zugute kamen. Cardenas begann mit dem Aufbau eines Schulwesens, für das mehr Geld als für das Militär ausgegeben wurde. Neulanderschließungen, Förderung des

Genossenschaftswesens und Einschränkung des Raubbaus an den Wäldern sowie deren Neuanpflanzung standen auf Mexikos Programm. Steigerung der Ernteerträge, Errichtung einer Industrie, die sich mit der Brasiliens messen konnte, Ein- und Ausfahren in Rekordhöhe machten Mexiko zu einem als Wirtschaftsfaktor bedeutenden Land. Während des Zweiten Weltkrieges bot Mexiko zahlreichen Flüchtlingen aus den von Nazideutschland beherrschten bzw. bedrohten Gebieten Unterschlupf und nahm ab 1942 auf Drängen der US-Regierung unter Franklin Delano Roosevelt auch am Krieg gegen die Faschisten teil.

Die Regierung Mexikos betrieb nach dem Zweiten Weltkrieg eine von den USA unabhängige Außenpolitik, die sich um den von den USA diktierten Kalten Krieg wenig scherte und schon früh diplomatische Beziehungen zu den neuerrichteten Volksdemokratien herstellte. Spannungen zu den USA konnten da nicht ausbleiben; diese riskierten jedoch kein militärisches Eingreifen, sondern versuchten, über wirtschaftlichen Boykott Druck auf Mexiko auszuüben. Investiert wurde jedoch von anderen kapitalistischen Ländern in Mexiko, so auch von der Bundesrepublik Deutschland, nachdem sie die Hallsteindoktrin (wonach Länder, die die DDR



(Ein prominenter Flüchtling aus der Sowjetunion namens Lev Davidowitsch Bronstein genannt Trotzki fand ebenfalls Zuflucht in Mexiko (1936), gründete dort 1938 die trotzkistische IV. Internationale und wurde 1940 von einem Anhänger Stalins ermordet.)

MEXIKO NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Unter dem Präsidenten Miguel Aleman (1946 bis 1952) wurde die Industrialisierung forciert fortgesetzt, und es wurden die Weichen dafür gestellt, daß aus dem hauptsächlich agrarischen Land eine Industrienation wurde. Heute leben über 40 % der Bevölkerung in den Großstädten (1985 wurde die städtische Bevölkerung mit 70 % beziffert); allein in der Ciudad de Mexico leben heute mindestens 8 Millionen Menschen, und Annahmen gehen von bis zu knapp 20 Millionen aus (einschließlich derjenigen, die auf den großen Müllhalden ihr Leben fristen).

anerkannt hatten, boykottiert werden sollten) über Bord geworfen hatte. (So wird etwa vom Volkswagenwerk in Mexiko heute der "Käfer" gebaut. Und dort ist schlanke Produktion noch kein Thema, da der Preis der Ware Arbeitskraft in Mexiko nur einen Bruchteil dessen ausmacht, was z.B. in Deutschland aufgewendet wird; für mexikanische Verhältnisse allerdings ist es viel.)

Man kann das Wirtschaftssystem, das seit Cardenas installiert worden ist, als Staatskapitalismus bezeichnen. Die Armut wurde zwar eingeschränkt, aber insbesondere in den ärmsten Bundesstaaten des Südens, Chiapas und Oaxaca, griffen die Maßnahmen kaum. Die vom Internationalen Währungsfonds für Kredite der Weltbank im Rahmen der "grünen Revolution" geforderten Maßnahmen orientierten die Landwirtschaft auf "Cash Crops" (= Ernten für den Weltmarkt), was zur Folge hatte, daß Mexiko, das im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg sich mit Nahrungsmitteln noch selbst versorgen konnte, mehr und mehr auf den Import von Grundnahrungsmitteln angewiesen war, was zu finanzieren war, solange der Ölpreis hoch war. Insbesondere unter der Präsidentschaft von Jose Lopez Portillo (1976 bis 1982) wurde der Erdölabbau in enormem Maße gesteigert. Mexiko deckt heute über 15 % der Erdölimporte der USA und hat damit Saudi-Arabien als Öllieferanten für die USA auf den zweiten Platz verwiesen. Die wirtschaftlichen

Verhältnisse des Landes verschlechterten sich aber drastisch mit dem Verfall des Weltmarktpreises für Öl, und alle Bemühungen, durch weitere Steigerung der Ölförderung die Gewinneinbußen auszugleichen, konnten damit nicht Schritt halten.

Mexiko, in dem (von der Weltöffentlichkeit noch kaum beachtet) die Eisenbahnarbeiter, die sich 1958 gegen die Abschaffung ihrer Selbstverwaltung erhoben, blutig niedergeschlagen und während der Olympischen Spiele 1968 auf dem Tlatelolco-Platz über 600 der aufbegehrenden Studenten zusammengeschossen wurden, geriet (mit dem immer deutlicher zutage tretenden Zusammenbruch des Ostblocks in zunehmendem Maße) in eine tiefe wirtschaftliche Krise und weigerte sich schließlich (1987), weiterhin die Zinsen für die Schulden an die Weltbank zu zahlen. In der Erklärung des Finanzministers Petricoli vom 01.03.1987 ist die Rede davon, daß Mexiko zwar nicht zahlungsunfähig sei, aber einen weiteren Kredit von 7,7 Milliarden Dollar benötige, um ohne Gefährdung der nationalen Wirtschaft seinen Schuldverpflichtungen nachkommen zu können, eine Erklärung, die die weltweite Finanzkrise im Verhältnis der hochindustrialisierten Gläubigerländer gegenüber den unterentwickelten hochverschuldeten Ländern der dritten Welt schlaglichtartig zum Ausdruck brachte, eine Krise, die in der Finanzwelt nach einem bereits 1985 erschienenen visionären Roman von William Clark, einem Insider, der Mitinitiator der jahrelang von Willy Brandt geleiteten UNO-Nord-Süd-Kommission und Vizepräsident der Weltbank war, als "Mexiko-Syndrom" bezeichnet wird.

Die Handlungsweise Mexikos (und vielleicht auch die Lektüre dieses Buches) veranlaßte den deutschen Bankier und Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, Alfred Herrhausen, dazu, auf dem Weltwährungsgipfel im September 1988 in Westberlin laut darüber nachzudenken, ob nicht ein genereller Schuldenerlaß für die hochverschuldeten Länder der dritten Welt auf Dauer stabilere Weltwährungsverhältnisse schaffen könne, als wenn man eine zwangsläufige Weiterverschuldung dieser Länder in Kauf nähme, ein Standpunkt, der innerhalb der Finanzbourgeoisie alles andere als Begeisterung auslöste, so daß man den Verdacht nicht von der Hand weisen kann, daß die etwa ein Jahr später erfolgte Ermordung Herrhausens (am 30.11.1989), die der RAF angelastet wurde, in

Wirklichkeit von ganz anderen Kreisen organisiert wurde.

Mexiko ist heute eine Präsidialrepublik auf bundesstaatlicher Grundlage, in der die Verfassung von 1917 offiziell nach wie vor gilt, wenngleich speziell im Hinblick auf Privatisierung von Gemeindebesitz (comunidades) und Gemeindewiesen (ejidos) frühere Einschränkungen 1993 abgebaut worden sind, was sich für die ärmere Landbevölkerung nachteilig auswirkt; auch wurde die Bodenreform gestoppt.

(Ende Teil II)

Die nach dem von der mexikanischen Armee angerichteten Blutbad in Chiapas im Januar begonnenen Verhandlungen zwischen der Zapatistischen Volksbefreiungsarmee (EZLN) und der Regierung, die Anfang März zu einer vorläufigen Übereinkunft geführt hatten, sind Anfang April von der EZLN abgebrochen worden. Comandante Marcos, der Verhandlungsführer der EZLN erklärte gegenüber der Zeitung LA JORNADA, dafür seien neue Truppenbewegungen der mexikanischen Armee und die feindselige Haltung der Viehzüchter gegenüber den indianischen Bauern verantwortlich. Nachdem am 23. März der Präsidentschaftskandidat der PRI, Lois Donaldo Colosio, ermordet worden war, sah sich die EZLN gezwungen, ihre Beratungen in den Dörfern der Indigenas vorerst einzustellen.

Am 10. April 1994, dem 75. Jahrestag der Ermordung von Emiliano Zapata, demonstrierten in der Ciudad del Mexico zwischen 11.000 (laut Polizei) und 50.000 (laut Veranstaltern) Bauern (überwiegend indianischer Abstammung) für eine Landreform und forderten zugleich den Rücktritt von Präsident Salinas de Gortari. Hauptparolen waren "Zapata viva!" (= Zapata lebt) und "La lucha continua!" (= Der Kampf geht weiter). Auch Präsident Salinas will, wie er anlässlich des Tages auf einer geschlossenen Veranstaltung des staatlichen Bauernverbandes CNC erklärte, das Andenken Zapatas "hochhalten".

Spenden für medizinische Versorgung der Opfer des Massakers vom Januar können unter dem Stichwort "Chiapas" auf den von Medico international eingerichteten Spendenkonten 1800 (Frankfurter Sparkasse; BLZ 500.502.01) oder 6999-508 (Postgiroamt Köln; BLZ 370.100.50) eingezahlt werden.

Klaus Dillmann

(Auszug aus einem Infoblatt der Frauenbeauftragten der Uni Münster)

MIT TRÄNENGAS UND HANDSCHELLEN GEGEN PROTESTIERENDE FRAUEN

Brutaler Polizeieinsatz am Frauenstreiktag am 8.
März 1994

Am internationalen Frauentag war eine bundesweite Protestaktion mit dem Motto "Jetzt schlägt's 13" angesetzt. Um 13.00 Uhr entschlossen sich deshalb Münsteranerinnen, zum Ludgerikreisel zu gehen und auf sich aufmerksam zu machen. So wollten sie ihren Forderungen nach Gleichberechtigung Nachdruck verleihen. Etwa 100 Frauen spazierten singend über die Zebrastreifen und informierten die AutofahrerInnen über ihre Anliegen. Mit Flugblättern, Luftballons und Lila-Pause-Bonbons und Lila-Pause-Bonbons zogen sie Frauen jeden Alters und Kinder um den Kreisel. Die fröhlichen ausgelassenen Frauen, die gemeinsam ihr Recht einforderten, kamen mit vielen BürgerInnen ins Gespräch. Die Reaktionen reichten von Verständnis und Solidarität bis zu Beschimpfungen als "Emanzen" und Schlimmerem. Einige Autofahrer versuchten sogar, mit dem Auto gegen die Fußgängerinnen anzugehen. Zu dieser Zeit beobachteten die

anwesenden Polizisten das Geschehen und griffen nur selten zur Verkehrsregelung ein. Nach ihrer rund halbstündigen Aktion verließen die Frauen den Kreisel und zogen in Richtung Rathaus zur Auftaktkundgebung des großen Frauentags. Für alle Frauen völlig überraschend, kam es in der Königstraße dann zu einem Polizeieinsatz. Mehrere Polizisten hielten auf dem Fußweg eine Frau fest. Für diesen Eingriff war kein Grund ersichtlich. Deshalb wollten die umstehenden Frauen sie vorm Abtransport schützen, indem sie die Frau festhielten und skandierten "Loslassen!". Verstärkt durch weitere Polizeibeamte griffen die Männer aggressiv durch und zerrten sie in Richtung des Einsatzwagens. Sie schlugen die in ihrem Weg stehenden Frauen und warfen einige auf die Straße, gegen Fahrräder und parkende Autos. So bildeten sie einen Kessel um die Festgehaltenen, schleppten sie zum Einsatzwagen und zerrten sie

im Würgegriff in den Innenraum. Dabei ging ihre Brille zu Bruch. In dem bereits geschlossenen Mannschaftswagen wurde sie weiter gewürgt am Boden gehalten. Währenddessen hatten einige Polizisten eine andere Frau wahllos aus der Menge gegriffen, wobei ein Beamter sagte: "Die nehmen wir auch noch mit". Als diese bereits kopfüber in den Polizeigriff genommen worden war, bekam sie Reizgas in die Augen gesprüht und wurde dann in Handschellen gelegt und an den Haaren durch die Menge gezerrt. Auch sie wurde bei der Aktion von den Polizisten gewürgt. Auf das Angebot der festgenommenen Frauen, sofort die Personalien überprüfen zu lassen, sind die Beamten nicht eingegangen. Ein Beamter rief von außen: "Jetzt heult ihr, Mädchen". Auch von den anderen Beamten wurden sie herablassend behandelt mit Sprüchen wie: "Jetzt sagen Sie mal, was es das wert?" oder: "Was soll das eigentlich, Mädchen?".

¹ Anmerkung der Frauenredaktion: Fakt ist, daß die entsprechende Frau den Beamten mit Namen bekannt war und deshalb herausgegriffen wurde. Frauen bestätigten, daß gezielt nach A. gefragt wurde; auch Tonbandaufnahmen belegen dies. In der später veröffentlichten Pressemitteilung erklärte die Polizei, die Frau sei durch besondere Agitation aufgefallen ("Leiterin der Aktion") und deshalb festgehalten worden, was von den anwesenden Frauen bestritten wird.

Als beide Festgenommenen sich im Wagen befanden, kam es zu weiteren Ausschreitungen von Seiten der Polizei. Einige Frauen, die um den Wagen standen, wurden zur Seite gedrängt. Dabei ist Tränengas auch aus nächster Distanz eingesetzt worden, und eine Frau wurde mit dem Kopf gegen ein Auto geschleudert. Auf die mehrfache Frage einiger Angegriffener nach Namen oder Dienstnummer verweigerten die Polizisten jede Auskunft. In einem Fall reagierte der angesprochene Beamte, indem er der Fragenden erneut Reizgas direkt in die Augen sprühte.

Der Einsatzwagen brachte die Festgenommenen zum Polizeipräsidium. Nach der Personalienaufnahme wurden sie einer Leibesvisitation und Durchsuchung unterzogen.

Es war außerdem die Rede von Vergehen wie: Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Versucher Gefangenenbefreiung, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Verweigerter Personalienangabe. Erste Stellungnahmen der Polizei verneinten den Reizgaseinsatz und die Gewaltanwendung, obwohl Frauen sich bereits Verletzungen wie Prellungen, Schürfwunden, Würgemale und Reizungen durch das Gas haben attestieren lassen. Außerdem behauptete die Polizei, die zuerst Festgenommene hätte die Umstehenden zur Hilfe aufgefordert, was nicht der Fall war. In einer zweiten Pressemitteilung wurde zwar der Reizgaseinsatz eingeräumt, die Vorgehensweise aber verharmlosend dargestellt. (...)

Diese Gewaltdemonstration seitens männlicher Staatsbeamter auf eine friedliche und phantasievolle Aktion zeigt einmal mehr, daß Widerstand von Frauen/Lesben - so er sich einmal äußert - direkt im Keim erstickt werden soll (zu spät, meine Herren!).

Spendenkonto für Prozesskostenkasse: Stadtparkasse Münster, BLZ 400 501 50, Kontonummer 302 386 438, Inhaberin Anja Rabeneck.

Protestpostkarten an den Polizeipräsidenten Münster sind zu beziehen über: Autonomes Lesbenreferat/Autonomes Frauenreferat des AStAs der Uni Münster, Schloßplatz 1, 48149 Münster, Tel. 0251/83-2283.

Frauenredaktion

Anzeige

KUCHE AUS 100% NACHT GEHEBE!

KOKILLE



Original türkische Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 66611
geöffnet
Montags bis Sonntag
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts

BUCHLADEN TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

DER KURDISCHE FREIHEITSKAMPF IST INTERNATIONAL

In der Bundesrepublik Deutschland fanden in den vergangenen Wochen zahlreiche Demonstrationen, Aktionen und Kundgebung zur Unterstützung des kurdischen Freiheitskampfes statt.

Der deutsche Staat zeigte dabei erneut in aller Deutlichkeit, auf wessen Seite er steht: Wenn nach den mehrfachen Autobahnblockaden, der Selbstverbrennung von drei Kurdinnen und Kurden, den zahlreichen durchgeführten und den weitaus mehr seitens der deutschen Staatsgewalt verhinderten Versuchen, wenigstens in Deutschland das kurdische

einfach zu benennen: Solange Vernichtung des kurdischen Volkes, bis kein kurdischer Widerstand mehr existiert. Auf diesem Hintergrund ist auch schlüssig, daß das deutsche Außenministerium nach wie vor Waffen an die Türkei liefert, die diese gegen das kurdische Volk einsetzt, wie jetzt erneut von den zahlreichen Delegationen berichtet wurde, die

organisierte Demonstration am 12.3.94 in Bonn. Sah es anfangs auf der Bonner Josefshöhe noch nach einer schwachen Beteiligung aus, wuchs die spätere Demonstration dann doch auf etwa 3-4000 Menschen an.

Daß es überhaupt zu einer Demonstration kam, lag einzig und allein daran, daß die TeilnehmerInnen bereit waren, so gut wie jede Maßnahme zu erdulden, die seitens der deutschen Behörden vorbereitet war.

Dies ist nicht zu kritisieren, denn allen war klar, daß es gerade zu diesem Zeitpunkt bitter nötig war, eine breitere Demonstration gegen die Unterdrückung der KurdInnen in der Türkei und in der BRD zu organisieren - schon mehrere größere Versuche von KurdInnen zu demon-



Newroz-Fest zu feiern, der deutsche Kanzler von "unerträglichem Terrorismus" spricht, Innenminister Kanther nach "Massenabschiebung für Kurden" ruft, ein "Sondergefängnis" für KurdInnen gefordert wurde, dann heißt dies im Klartext: Dieser Staat unterstützt den Kurs des türkischen Faschismus ohne Einschränkung. Und dieser Kurs ist denkbar

die diesjährigen Newrozfeiern und die Wahlen in dem türkisch besetzten Teil Kurdistans beobachten wollten. Wie dieser Staat gegen jeden Versuch, die Solidarität mit dem kurdischen Volk in der deutschen Öffentlichkeit zu verbreiten, vorgeht, zeigt auch exemplarisch sein Vorgehen gegen die von zahlreichen deutschen und ausländischen Gruppen

strieren waren in den Wochen vorher mit breitem Polizeiaufgebot verhindert worden. Somit sollte an diesem Tag die Demonstration auf jeden Fall durchgeführt werden, und sie wurde durchgeführt, entgegen dem Kalkül und entgegen den allzu erkennbaren Schikane-maßnahmen des Staates. Schon bei der Auftaktkundgebung wurde klar, daß der Staat

diese Demo verhindern wollte: Eine der zahlreichen Auflagen lautete, daß das öffentliche Zeigen von Fahnen oder Emblemen verbotener Organisationen verboten sei und unterbunden wurde.

Selbstverständlich war jedem/klar, gegen wen sich diese Schikane richtete.

Es wurde aber auch sofort klar, daß der Staat an diesem Tag Probleme bei der Verhinderung der Demo bekommen würde: Denn spontan verschwanden sämtliche PKK-Fähnchen, der Auflage war Genüge getan, und jetzt hätte die Demonstration eigentlich beginnen können - aber noch gaben die Staatsapparate den Versuch nicht

Maßnahme, die einerseits die TeilnehmerInnen entwürdigen sollte, dabei abermals darauf spekulierte, daß diese eine derart menschenunwürdige Behandlung nicht erdulden würden, die andererseits die politische Aussage verbreiten sollte, alles, was mit KurdInnen nur entfernt zu tun hat, ist "terroristisch" - auf der gleichen Linie auch die BILD-Hetze "Wieder die Kurden".

Seitens ist in diesem Land so exzessiv gegen ein ganzes Volk Hetze und Unterdrückung betrieben worden!

Nun, der Staat hatte sich aber verkalkuliert, alle DemonstrantInnen gingen durch die "Sichtschranke", ließen sich anfassen,

zugelaufen, Mädchen und Jungens, denen man die Lust an ihrem Job teilweise ansah.

Oder wie ist es zu erklären, daß einer dieser Jungbullen mit Feuereifer dabei war, ein einzelnes Fähnchen bei einer jungen deutschen Journalistin zu konfiszieren, obwohl nur der Stiel des besagten Fähnchens aus der Jacke der Kollegin ragte - also besagter Staatsbeamter de facto einen Rechtsbruch beging, denn ein verbotenes Emblem war nicht sichtbar. Das hinderte diesen Jungmann und Kämpfer nicht, drei weitere Jungs zu Hilfe zu rufen (allein traute er sich nämlich schon nicht mehr), um dann zu viert den Versuch zu unternehmen, der Kollegin an die Jacke zu gehen. Hätte nicht ein kurdischer Demonstrant ihr blitzschnell das Fähnchen aus der Tasche gezogen, die vier tapferen Krieger wären mit vereinten Kräften vorgegriffen und hätten tapfer den Wimpel erobert.

Doch im Grunde greift diese Art von Scherz zu kurz, trifft er doch die insgesamt faschistoide Struktur dieses staatlichen Abbaus grundlegender demokratischer Rechte nicht.

Was dennoch an diesem und an anderen Beispielen deutlich wird: Die Staatsbüttel haben trotz ihrer hochentwickelten Ausrüstung, trotz martialisch langen Knüppeln, schicken maßgeschneiderten Höschen und Jäckchen einen grundlegenden Mangel - darunter sitzen Menschen von derart erbärmlicher Mentalität, daß eine phantasievolle und kreative Widerstandskultur (die zu



auf, sie gar nicht erst zustandkommen zu lassen.

Hatten sie ja schon bei dem Verbot, PKK-Fähnchen mit sich zu führen, darauf spekuliert, daß die DemonstrantInnen darauf nicht eingehen würden, so setzten sie nun noch eins drauf: Die Polizeieinsatzleitung gab bekannt, daß alle TeilnehmerInnen der Demo durch eine ca. 1 m breite Polizeischranke zu gehen und sich einer "Sichtkontrolle" zu unterziehen hätten - eine offen antidemokratische

die Jacken öffnen, in die Taschen greifen, zehn bis zwanzig PKK-Fähnchen wurden "gefunden", gründlich "eingesammelt", von einem offenen Fascho-Bullen direkt vor Ort "vernichtet" - ob er wohl meinte, damit symbolisch ein paar KurdInnen eigenhändig gekillt zu haben?

Überhaupt die munteren "Jungbullen": Eine neue Generation von willigen Helfershelfern und -helferinnen ist dem Staat da

entwickeln wäre) diesem Apparat locker Paroli bieten kann -, ein wenig Klugheit müßte natürlich hinzukommen. Und das war das Erfreuliche und wirklich Fortschrittliche an dieser Demonstration: Sie war ein Ausdruck kollektiver Klugheit, und dadurch zeigte sie tatsächlich Stärke.

Das wurde besonders deutlich, als sich nach geraumer Zeit, in der die Demonstration ihre vorgeschriebene Route nahm, der Staat nicht mit seiner Niederlage, denn das war es für ihn, abfinden wollte und einen erneuten Versuch unternahm, die Demo zu zerschlagen.

Kurz vor dem Erreichen der Bonner Innenstadt war eine Falle vorbereitet worden - als Anlaß für den Zugriff sollten erneut ein paar PKK-Fähnchen dienen, dann sollten wohl los Leute festgenommen werden und die vom Staat gewünschte Prügelei zum Einsatz eines größeren Polizeiaufgebots führen. Daß dies offenkundig von "höherer Stelle" angeordnet war, war an der Reaktion des Einsatzleiters der Polizei erkennbar: Er war eindeutig von dieser

Aktion überrascht und nörgelte in sein Sprechfunkgerät: "Aber das muß einem doch wenigstens vorher gesagt werden."

Doch auch dieser Versuch scheiterte an der Besonnenheit der DemonstrantInnen: Gerade mal eine Person wurde festgenommen, die Demo reagierte äußerst flexibel und schlängelte sich an der vorbereiteten Polizeisperre vorbei - die wußte wieder mal nicht, was zu tun sei, und bevor sich der schlaue "Oberleiter" etwas Neues einfällen lassen konnte, war die Demonstration schon an der Sperre vorbei.

Kaum jemanden wunderte dann noch die letzte Schikane: Natürlich mußten wir durch enge Einbahnstraßen zum Abschlußkundgebungsplatz demonstrieren - die breite Fußgängerzone war verboten, na klar, das paßte selbstverständlich in das Gesamtkalkül, so wenig wie möglich Kontakte zur Bevölkerung zuzulassen.

(Selbstverständlich wurde über diese Demo auch in keiner Zeitung berichtet.)

Trotzdem kam die Demo am Kundgebungsplatz an, und es

waren auch noch zahlreiche Menschen in der Innenstadt, die dies bemerkten.

Auch die Abschlußkundgebung wurde erfolgreich durchgeführt, mehrere Reden mit durchweg kämpferischem Inhalt wurden vorgetragen.

Am besten gefiel uns die Rede der Antifaschistischen Aktion, nicht nur wegen der Begeisterung, mit der sie vorgetragen wurde, sondern auch wegen der erfreulich lebendigen und wenig abgehobenen Ausdrucksweise.

Doch auch das abschreckende Gegenbeispiel war zu vernehmen: Die Grußadresse der MLPD hatte schon in den ersten Sätzen nichts anderes im Sinn, als den anderen, insbesondere den KurdInnen, belegend klarzumachen, daß sie den Kampf "falsch" führten, da sie ihn "nur national" und nicht als "Klassenkampf" organisierten. Daneben hörte man dann nur noch als jedes dritte Wort die Vokabel "Monopolkapital" und war selbstverständlich sofort überzeugt, daß einzig und allein die MLPD in der Lage war, die "korrekte Linie unter die Massen zu tragen".

Es bestand Aussicht, daß diese Demonstration, die etwa zur Hälfte von deutschen und ausländischen Menschen getragen wurde, der Auftakt zu einer breiteren Unterstützung des kurdischen Freiheitskampfes in der BRD war, was allerdings bislang kaum Wirklichkeit geworden ist. Erst in jüngster Zeit geht es wieder etwas voran.



Deutschlands Polizeinachwuchs - Da werden Einsatzleiter zu Philosophen

KURDISTAN-SOLIDARITÄT ENTWICKELT SICH

Demonstration in Bochum

Nach der ersten größeren (nicht verbotenen) Kurdistan-Solidaritätsdemonstration am 12. März in Bonn mit Unterstützung deutscher Organisationen schien es eine geraume Zeit so auszusehen, als ob die Kurdinnen und Kurden in Deutschland auf sich allein gestellt blieben: Zahlreiche Aktionen zum Newroz-Fest am 21. März fanden ohne deutsche Unterstützung statt, so daß der deutsche Staat teilweise in der Lage war, kurdische Aktionen zu verhindern und vor der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen. So wurde allgemein in den Medien verschwiegen, daß einige der "Autobahnaktionen" erst dadurch hervorgerufen wurden, daß die Busse von KurdInnen auf den Autobahnen stundenlang festgehalten wurden. Als dann die Menschen, die nicht zu ihren Zielorten fahren durften, sich ihr Recht, Newroz zu feiern, nicht nehmen ließen und auf den Autobahnen das traditionelle Newroz-Feuer entzündeten, griff die Polizei gewaltsam ein und verbreitete die Lüge, diese Aktionen seien so, wie sie dann stattfanden, geplant worden.

Doch der Staat kann sein Isolierungsziel nicht erreichen: Die Solidaritätsbewegung wächst, wenn auch langsam.

Es fanden zunehmend mehr Solidaritätsaktionen statt. Am **Samstag, dem 23. April**, kam es in mehreren Städten zu kleineren und größeren Demonstrationen, in München immerhin mit 2000 TeilnehmerInnen. Auch in **Bochum** fand eine Demonstration statt, an der etwa 500 Menschen teilnahmen.

Erfreulich in Bochum war die Tatsache, daß ein relativ breites Bündnis zur Unterstützung aufgerufen hatte. Vielfach war jedoch zu hören, daß auch "viele Linke wohl aus Angst zu Haus geblieben wären, weil sie mit einem Verbot rechneten".

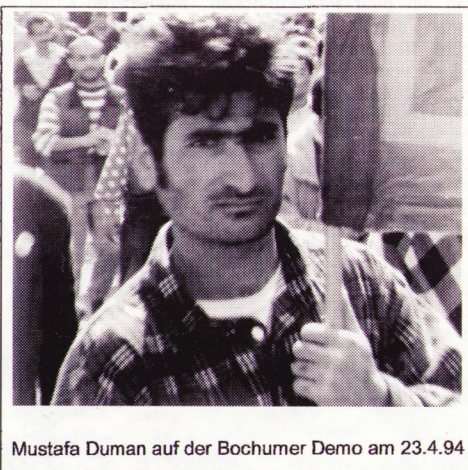
Ob das wirklich zutrifft, können wir nicht beurteilen, es stimmt allerdings, daß in Bochum bislang bei ähnlichen Anlässen 2-3000 Menschen auf die Straße gingen.

Es ist wohl anzunehmen, daß die staatlichen Angriffe gegen die KurdInnen, die Kohl- und BILD-Hetze gegen "kurdischen Terrorismus" Wirkung gezeigt haben. Es wird aber auch deutlich, daß die staatliche Taktik recht einfach aussieht: Dort, wo die KurdInnen isoliert auftreten, wird massiv zugeschlagen, dort, wo breitere Unterstützung von deutscher Seite zu erwarten ist, hält man sich - inzwischen - zurück.

Das war bei der Demonstration am 12. März in Bonn noch nicht der Fall. Hier war mit (nahezu) allen taktischen Mitteln unterhalb des offen gewaltsamen polizeilichen Zugriffs versucht worden, die Demonstration zu verhindern.

Wo, wie in Bochum, nicht geplant ist, die Demonstration zu verhindern, wird dagegen eher staatliches Desinteresse vorgetäuscht: Eine Handvoll Polizisten, die das Schwenken der PKK-Fahne scheinbar überhaupt nicht interessiert - alles taktische Spielchen!

Trotzdem gilt festzuhalten, daß auch die Bochumer Demonstration ein Schritt nach vorn war: Die Lügen des Staates über "kurdischen Terror" konnten ein Stück mehr entlarvt, die massive Unterstützung des türkischen Staates durch Deutschland aufgezeigt und die Unrechtmäßigkeit der Verbotsmaßnahmen gegen die kurdi-



Mustafa Duman auf der Bochumer Demo am 23.4.94

schen Organisationen bewiesen werden. Am Rande der Demonstration lernten wir **Mustafa DUMAN** (siehe Foto zu diesem Bericht) kennen, einen der zahllosen Kurden, die vom deutschen Staat in Kürze abgeschoben werden sollen, obwohl ihnen in der Türkei Folter und langjährige Gefängnisstrafen oder der Tod drohen. Mustafa ist in **TUNCELI** (Dersim) geboren worden und hat im September 1990 einen Asylantrag in Deutschland gestellt, der inzwischen abgelehnt wurde. Gemeinsam mit den anderen kämpft er weiter gegen die drohende Abschiebung und benötigt unsere Unterstützung. **WT**

FLUCHTURSACHEN VON FRAUEN AUS NORD- UND SÜDKURDISTAN

Thesen

Vorbemerkung.

Die Aufstellung der Thesen erfolgte vor drei Hintergründen:

* **Bezüglich des Bereichs Nordkurdistan aufgrund eigener Recherchen während mehrfacher Aufenthalte in den Jahren von 1991 bis 1993 (Mardin, Cizre, Sirnak, Van, Yüksekova, Diyarbakir und umliegender Gebiete sowie in den westlichen Metropolen der Türkei wie Adana, Izmir, Ankara, Istanbul, in die Kurdinnen aus Nordkurdistan vertrieben wurden)**

* **Bezüglich des Bereichs Südkurdistan vor dem Hintergrund der AG "Kurdische Frauen im europäischen Asyl" auf der Terre-des-Femmes-Fachtagung "Frauen auf der Flucht" mit Samia Al-Tschauschli (März 1994)**

* **sowie bezüglich des Bereichs Nord- und Südkurdistan anhand von Aussagen betroffener Frauen (sowohl von Frauen in und aus Kurdistan als auch von Kurdinnen in der deutschen Migration).**

Ich möchte vorwegstellen, daß aufgrund der derzeitigen Asylrechtssituation - kein eigenständiges Asylrecht für Frauen wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung - Kurdinnen keine allein frauenspezifischen Fluchtgründe vor den Bundesverwaltungsgerichten vortragen. Eher können wir frauenspezifische Fluchtgründe aus dem von ihnen dort Vorgetragenen "herauslesen". Deshalb gehe ich auch nicht von "frauenspezifischen Fluchtgründen", sondern "-ursachen" aus.

Primäre Fluchtgründe und -ursachen von Kurdinnen, sofern sie in den Asylanträgen aufgeführt wurden, sind vorrangig vor dem Hintergrund ihrer Vertreibung und dem Genozid am kurdischen Volk, der auf verschiedene Art und Weise durchgeführt wird, angegeben worden (Dorfzerstörung, Verminderung, Vertreibung, Inhaftierung, Killerkommandos, Sippenhaft, usw.).

Daß kurdische Frauen - neben zusätzlich erlittenen Vergewaltigungen durch "Sicherheitskräfte" - davon spezifisch betroffen sind, steht außer Frage. Zur Erweiterung und Humanisierung des Asylrechts sowie unter Beachtung der Tatsache, daß Frauenrechte Menschenrechte sind, sollte es deshalb Ziel der jeweiligen europäischen Länder sein, frauenspezifische Fluchtgründe im Asylrecht gesetzlich zu verankern. Frauenspezifische Fluchtgründe und -ursachen setzen wohl länder-spezifische Fluchtgründe nicht außer Kraft, können sich sogar mit ihnen koppeln, aber auch unabhängig voneinander fluchtlegitimierend sein.

Mit der Ausarbeitung von frauenspezifischen Fluchtursachen und -gründen tragen wir als Menschen- und Frauenrechtlerinnen dafür Sorge, daß nach Deutschland geflohenen Frauen durch

Schaffung neuer Rechte im Sinne der Erweiterung eines frauenspezifischen Asylrechts die gleichen Rechts- und Lebensmöglichkeiten zustehen sollen wie deutschen Frauen sowie ihnen vor deutschen Bundesverwaltungsgerichten zu ermöglichen und sie darin zu unterstützen, ihre spezifischen Fluchtgründe und -ursachen aufzudecken.

Größenordnungen: Kurdistan, Frauen, Arbeit und Migration

Seit dem **Lausanner Abkommen von 1923** ist Kurdistan viergeteilt - trotz der Zusicherung von Autonomie durch den **Vertrag von Sevres (1920)**. In der Türkei leben ca. 15 Millionen Kurdinnen und Kurden, und das nicht allein in den "östlichen Provinzen" (= Nordkurdistan). Der Anteil der kurdischen Bevölkerung zur türkischen Gesamtbevölkerung beträgt 25 %.

Die Anzahl der kurdischen Bevölkerung in Südkurdistan/Irak beträgt 4,5 Millionen, der Anteil zur Gesamtbevölkerung 30 %. Im Iran leben ca. 7,5 Millionen Kurdinnen und Kurden, was einem Anteil von 17 % zur Gesamtbevölkerung entspricht, in Syrien sind es 11 %, d.h. ca. 1,5 Millionen Kurdinnen und Kurden.

Nach Zahlen von 1980 (Statistiken zum Thema Kurdinnen und Kurdistan werden kaum angelegt) verteilt sich ein Prozentsatz von ca. 96 % kurdischen Frauen auf das Arbeitsgebiet Land- und Forstwirtschaft. Der überwiegende Teil kurdischer Frauen arbeitet in der familieneigenen Landwirtschaft. Ein verschwindend geringer

Prozentsatz von Frauen arbeitet in der Industrie, im Baugewerbe oder im Dienstleistungsgewerbe. Als "Lohnempfängerinnen" sind also Frauen im Verhältnis zur gesamten Bevölkerungszahl weit aus in der Unterzahl. Nach einem Bericht von **Komjin** (Frau in Kurdistan, Köln 1990, S. 75) waren 1987 im gesamten Bereich Türkei-Kurdistan nur 159.694 Beschäftigte sozialversicherungspflichtig registriert, unter ihnen 96,1 % Männer und wiederum nur 3,9 % Frauen (6.238).

In der Bundesrepublik Deutschland dagegen leben ca. 1,8 Millionen Angehörige türkischer Staatsangehörigkeit, von denen ca. 418.000 Frauen sind. Über 130.000 (über 25 % von diesen wiederum sind Kurdinnen (a.a.O., S. 76,84). Die Lage der Kurdinnen in Deutschland ist durch eine rassistische und geschlechtsspezifische Selektierung unserer Verwertungsgesellschaft, nämlich dadurch gekennzeichnet, daß sie als Arbeiterinnen zumeist unqualifizierte Hilfsdienste verrichten müssen (Schichtarbeit, Putzjobs) bzw. als Flüchtlingsfrauen in die Rolle der Hausfrau und damit in die Isolierung gedrängt werden, wodurch Abhängigkeiten vom Ehemann begünstigt werden ("Hausfrauisierung"). Bestätigungen durch Arbeit und ein eigenständiges Erwirtschaften - wie ehemals durch die Tätigkeiten in der Landwirtschaft vermittelt - bleiben hier verwehrt.

Fluchtursachen von Frauen aus Nordkurdistan

Die wenigsten Kurdinnen, die aus ihren Dörfern in Nordkurdistan flüchten, suchen Zuflucht in der Bundesrepublik bzw. anderen westeuropäischen Staaten. Der größte Anteil flieht in die westlichen Metropolen der Türkei (Izmir, Istanbul, Adana, Antalya, Fethiye, usw.) bzw. in die kurdische Metropole Diyarbakir, weil die türkischen Metropolen kaum noch Flüchtlinge aufnehmen können. Z.B. ist infolge der Deportationspolitik, die die türkische Regierung in den kurdischen Provinzen verfolgt, die EinwohnerInnenzahl Diyarbakirs seit 1990 um 80 % gestiegen, im Zentrum der Stadt leben mittlerweile über 600.000 Menschen.

Fluchtverursachende Gründe ergeben sich für Kurdinnen infolge

- der Deportationspolitik und der damit einhergehenden ethnischen Verfolgung durch den türkischen Staat (Zerstörung der Dörfer, der ökonomischen Strukturen und Ressourcen, Stichwort: Sirnak und Caglayan/Sax August/September 1992, Lice, September 1993; Abrodung der Wälder, Stichwort: "Terroristen"verfolgung; Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts sowie historischer Stätten, Stichwort: Staudammprojekt GAP; Ausnahmezustandsverordnung seit 1983, usf.)

- der Verfolgung als religiöse Minderheit (z.B. der Yezidin)
- körperlicher und seelischer Gewalt an Frauen und Kindern (Benutzen als Druckmittel im Sinne von Sippenhaft, Vergewaltigungen durch "Sicherheitskräfte", d.h. Militär, Jandarma, Özel Tim, zwangsweises Untersuchen auf Geschlechtsverkehr, usf.; z.B. wurde die Schülerin Bisenk Anik aus Sirnak in der Folge von Newroz, März 1992, auf der Polizeistation in Cizre gefoltert, vergewaltigt und anschließend ermordet)
- von Terror auf die bäuerliche Zivilbevölkerung, bei der (s.o. Anteil der in der Landwirtschaft arbeitenden Frauen) gezielt Frauen und Kinder getroffen werden
- der Vernichtung von Dörfern und landwirtschaftlichen Gebieten und in der Folge davon körperlicher Behinderungen (betroffene Frauen gelten, falls sie noch jung sind, als nicht mehr attraktiv genug, um verheiratet zu werden, da sie als Arbeits- und Gebärkraft ausfallen)
- Organisationszugehörigkeit zu Vereinen (bspw. den IHDs = Menschenrechtsvereinen), Parteien (bspw. der ehemaligen HEP oder jetzt der DEP), Verbänden und Gewerkschaften
- vorangegangener Inhaftierungen und Folter
- hoher Arbeitslosigkeit in den Metropolen, gerade auch im Westen der Türkei
- der Unterdrückung ihrer kurdischen Kultur (Nichtanerkennung der kurdischen Sprache bei Behörden, bspw. bei Gefängnisbesuchen von Angehörigen, bei kurdischen Hochzeiten und Hochzeitsbräuchen, Newroz, mangelnde Alphabetisierung)
- bevölkerungspolitischer Programme durch den Nationalen Sicherheitsrat als "Aufstandsbekämpfungsmittel" (öffentlich verkündet ab Februar 1992, s.a. deutsche Presse: bekanntermaßen ist der Nationale Sicherheitsrat verantwortlich für die "Terrorbekämpfung" sowie für die Kriegsführung gegen KurdInnen; an seiner Spitze steht das Militär unter dem General Dogan Güres)
- arrangierter Familien- und Zwangsheiraten, zuweilen vor dem Hintergrund vorangegangener Vergewaltigungen durch "Sicherheitskräfte" wie bspw. im Fall der Sükran Aydin in Mardin (Herbst 1993)
- der Bevorzugung des männlichen Geschlechts vor dem Hintergrund teils noch existierender feudaler Strukturen (bei Ausbildung, Mobilität, des höheren Ansehens von Jungengeburten)
- auch des Fehlens inländischer Fluchtalternativen innerhalb der Türkei, da ebenso in den westlichen Metropolen Pogrome stattfinden, so bspw. in Izmir im Mai 1992 ("kauft nicht bei Kurden", Zerstörung ihrer Geschäfte, Razzien in den von KurdInnen bewohnten Gebieten), wie auch kurdische Frauen den Normen türkischer Frauen

unterworfen werden, außerdem Zwangsislamisierung, Verdammung zur Arbeitslosigkeit und Beschränkung der Mobilität (s.o.)

Fluchtursachen von Frauen aus Südkurdistan

In Bezug auf feudale Strukturen und religiöse Vorurteile Frauen gegenüber unterscheidet sich die Lage von Frauen in Südkurdistan strukturell nicht von der in Nordkurdistan. Unterschiede in den Verfolgungsarten (s.u. Inhaftierung aufgrund "moralischen Fehlverhaltens") lassen sich eher auf unterschiedliche Gesetzesgrundlagen zurückführen.

Fluchtverursachende Gründe ergeben sich für Kurdinnen infolge

- ethnischer Verfolgung durch das irakische System (Saddam Hussein) und des Aberkennens einer kurdischen Identität (Halabja 1988; Anfal-Offensiven)
- Organisationszugehörigkeit zu Vereinen, Parteien und Verbänden (damals bspw. zur Frauenunion)
- des "doppelten" UNO-Wirtschaftsembargos und der daraus resultierenden Armut und Verelendung (fehlende Medikamente für Schwangere, Geburtsverlauf und Kinder)
- eines traditionell orientierten Islam und der von ihm geprägten Rollenzuschreibungen (Autorität des Mannes, Benachteiligung im Beruf, Geschlechterpräferenz zugunsten eines Sohnes)
- familiärer Zwangsverheiratungen
- "moralischer Vergehen", wenn sie moralisch "illegale" Kontakte zu Männern besitzen (als junge Witwe, Unverheiratete, usf.; derzeit sollen sich aus diesen Gründen in der autonomen südkurdischen Republik ca. 34 Kurdinnen in "Schutzhaft" vor ihren Familien befinden)
- Scheidungen, da der Ruf geschiedener Frauen als "befleckt" gilt (Frauen, über die geredet wird, werden oft mit "Prostituierten" gleichgesetzt)

Nicht vergessen werden sollte jedoch, daß Frauen in der kurdischen autonomen Republik als Abgeordnete zu den Parlamentswahlen zur Verfügung standen. Unter 105 ParlamentarierInnen sind mittlerweile 7 Frauen.

Fluchtverhindernde Ursachen

Angesichts der Tatsache, daß weitaus mehr männliche Flüchtlinge europäische Zufluchtsländer erreichen und flüchtende Frauen - wenn anerkannt - in der Mehrzahl über den Status ihrer Ehemänner definiert werden, ist es recht und billig, nicht nur von fluchtverursachenden, sondern auch von fluchtverhindernden Gründen zu sprechen.

Im Falle von Kurdinnen können dies sein:

- Geschlechterpräferenz zugunsten von Vätern oder Brüdern (Umgang mit Geld, Mobilität, in Bezug auf Bildung)

- Kurdinnen in Nordkurdistan sind oft nicht im Besitz eines Passes (nationale Ausweispapiere)
- Versorgung des Familienkollektivs (Kinder, alte Menschen)
- weniger Frauen als Männer sind politisch organisiert
- Frauen unterliegen während der Flucht größeren Gefahren als Männer (sexuelle Belästigung, Fluchthelfer sind meistens Männer, "Wegezoll" im Sinne sexueller Handlungen wird ihnen abverlangt, usf.)
- Ausrichtung der Asylgesetzgebung in den Zufluchtsländern auf ein männliches Stereotyp.

(Thea A. Struchtemeier, Terre des Femmes, Türkei-Kurdistan-Koordination, Bochum)

Anzeige

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan-Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage die aktuellste deutschsprachige Publikation

- berichtet
- * aus Kurdistan
- * über die Solidaritätsbewegung
- * von den Kurdenkongressen
- * Dokumente
- * u.v.a.

mindestens 8 Seiten
26mal im Jahr
Jahresabonnement 52,- DM
Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:
GNN-Verlag
Zülpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

Überweisungen an:
BFG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des Kurdistan-Rundbrief

.....
.....
.....

Ausschneiden u. schicken an:
GNN-Verlag,
Zülpicher Str.7,
5000 Köln 1

Ein Dankeschön an die Rote Hilfe



Ich bin Mitglied des **Antifaschistischen Bundes (AFB) Ruhrgebiet** und in den vergangenen Jahren schon des öfteren mit der Polizei dieses Staates "in Kontakt" gekommen.

Die beiden Fälle, um die es sich hier handelt, passierten 1992 und 1993.

Ende 1992 hatte die Recklinghäuser "Altstadtschmiede", ein "soziokulturelles Zentrum", eine Veranstaltung in ihren Räumen angekündigt, in deren Verlauf auch ein unter AntifaschistInnen ziemlich bekannter Nazi, **Thorsten Lemmer** aus Düsseldorf (Ex-Manager der Fascho-Band "**Störkraft**"), zu Wort kommen sollte. Über die örtliche Presse hatte der AFB zum Boykott dieser Veranstaltung aufgerufen.

Daß ungefähr 400 Menschen vor der Altstadtschmiede erschienen, um den Auftritt des Faschisten zu verhindern, damit hatten die örtliche Polizei und wohl auch die VeranstalterInnen nicht gerechnet.

Die Polizei hatte etwa 30 Beamte eingesetzt, sie hätte, wie der Einsatzleiter während der späteren Gerichtsverhandlung gegen mich in aller Offenheit zugab, sehr gerne geräumt, es waren aber zu wenig, und Verstärkung konnte nicht so schnell herangeschafft werden. Daß dennoch eine Räumung geplant war, mit welchen taktischen Mitteln (Einsatz und Provokation von/durch 2 zivile Polizisten, die aber wegen ihrer bei allen Einsätzen getragenen olivgrünen Parkas jeder politisch Aktive in Recklinghausen kennt) sie durchgesetzt werden sollte, darüber hatte ich per Megaphon mehrmals berichtet und die DemonstrantInnen aufgefordert, Ketten zu bilden - zu einem Polizeieinsatz kam es nicht. Das paßte wohl irgendwem im Polizeipräsidium nicht, und kurzerhand stellten die Herren Strafantrag gegen mich, angeblich sollte ich in **einem Satz** die Herren Polizisten gleich dreimal als "**Bullenschweine**" beleidigt haben (was ich schon deshalb nicht tun würde, um die Tiere nicht in Verruf zu bringen). Im ersten Anlauf verurteilte mich dann ein Recklinghäuser Amtsrichter, einzig und allein auf der Grundlage der Aussage der Beamten, zu 2000,- DM Geldstrafe, wogegen ich natürlich Widerspruch einlegte. Dann kam es zur Gerichtsverhandlung, in deren Verlauf deutlich wurde, daß zwar meine Entlastungszeugen die Aussagen der Beamten bestritten, diese aber "standhaft" bei

ihren Aussagen blieben. Der vom Richter vorgeschlagenen Einstellung des Verfahrens habe ich dann zugestimmt, ich wurde zwar nicht bestraft, hatte aber unterm Strich erhebliche Rechtsanwaltskosten zu bestreiten. Der zweite Vorfall war eine Aktion von AntifaschistInnen in Recklinghausen anlässlich der Verabschiedung der Änderung des Asylrechts am sogenannten "**Tag X**", dem 26. Mai 1993. Etwa 60 Leute hatten spontan demonstriert und sich vor dem Recklinghäuser Rathaus versammelt, dort ein großes Transparent angebracht. Weil ich vor Beginn der spontanen Demonstration über Megaphon gesprochen hatte, galt ich dem Polizeieinsatzleiter mal wieder als "Rädelsführer", er stellte Strafanzeige wegen "Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz". In diesem Fall wurde das Verfahren schon im Ermittlungsstadium eingestellt, es kam also nicht zu einer Verhandlung - offensichtlich war die Tatsache, daß ich über Mikrofon gesprochen hatte, dann doch zu dünn, um mich als "Organisator einer nicht angemeldeten Demonstration" zu verklagen. Auch in diesem Fall wurde ich also nicht verurteilt, hatte aber erneut Rechtsanwaltskosten. Insgesamt kamen in beiden Fällen Anwaltskosten von ca. 2000 DM zusammen, wovon die ROTE HILFE immerhin gut 1000 Mark übernommen hat! Ich denke, das ist schon ein Dankeschön wert. Es ist gut zu wissen, daß wir mit Solidarität rechnen können, wenn dieser Staat uns vor Gericht zert, um uns einzuschüchtern oder gar mundtot zu machen. Beide Fälle zeigen exemplarisch, daß einem Antifaschisten, der sich nicht einschüchtern läßt, zumindest materieller Schaden zugefügt wird, es reicht, ihn vor Gericht zu bringen. Auch wenn er dann nicht verurteilt wird, was ja auch nicht allzu oft vorkommt, kann ihm durch hohe Anwaltskosten erheblicher Schaden entstehen.

Dann ist es gut zu wissen, daß es eine Organisation wie die **RH** gibt, denn wenn jeder auf sich allein gestellt wäre, wäre Widerstand gegen den Faschismus und gegen staatliche Repression kaum möglich. Ich wünsche der **RH** eine erfolgreiche Fortsetzung ihrer Arbeit und hoffe, daß viele AntifaschistInnen durch ihren Eintritt zur Stärkung der Solidaritätsarbeit beitragen.

Wolfgang Tschentscher

"İŞÇİLERİN BİRLİĞİ - HALKLARIN KARDEŞLİĞİ"

Veranstaltung des Komitees "Solidarität und Einheit der Arbeiter"

Zum 2. April lud das vor allem von türkischen und kurdischen Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland ins Leben gerufene Komitee "Solidarität und Einheit der Arbeiter" in die Kölner Sporthalle zu einer Abendveranstaltung ein, die unter dem Motto stand: "Einheit der Arbeitenden - Freundschaft der Völker."

Die AntifaZ war mit drei Redakteuren zugegen. Rund 7000 Menschen - für so viele ist die Halle ausgelegt - waren gekommen, überwiegend mit Bussen, teilweise aus Frankreich, Niederlande, Schweiz und Österreich - um nur die weitest entfernten Busanreiseorte zu nennen.

Empfangen wurden wir durch eine festliche Atmosphäre mit viel Blumenschmuck und zahlreichen Transparenten in mehreren Sprachen (außer Türkisch auch Kurdisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Niederländisch). An Büchertischen gab es im Foyer neben türkischen und kurdischen (Kurmanji) auch deutsche (KPD und MLPD) Stände sowie einen Stand speziell mit Zaza-Literatur und -Musikkassetten.

Wahrgenommen habe ich neben einer Reihe deutscher Gäste insbesondere auch niederländische. Mit Freude begrüßt habe ich eine zu Besuch in Deutschland weilende Redakteurin der Zeitschrift GERCEK, mit der ich vor zwei Jahren eine Nacht im Polizeigewahrsam in Istanbul zugebracht hatte.

Der kulturelle Teil des Abends wurde von erstklassigen Künstlerinnen und Künstlern bestritten.

Es traten auf: der Dichter Ömer Polat, der Sänger Fuat Saka mit seiner Musikband, eine spanische Folklore-Tanz- und -Gesangsgruppe, der Komponist, Sänger und Filmregisseur Nizamettin Aric und die Gruppe "Kizilirmak" mit ihren Liedern und Tänzen, das Ensemble "A Za Bre" aus Zaire mit heißen Rhythmen. Aus der Türkei waren die Künstler Ekrem Ataer und Bülent Sarıkaya mit ihren Texten und Liedern gekommen. Durch den Abend führten mit eigenen, temperamentvollen Gedichtvorträgen und Vorstellungen der Personen, die Ansprachen hielten oder künstlerische Beiträge leisteten, die Theaterkünstler Nuran Oktar und Mehmet Esetoglu.

Für die Eröffnungsrede war der Geschichtsforscher Server Tanilli gewonnen worden, ein überzeugter Demokrat, der seit einem faschistischen

Mordanschlag, der in Ankara auf ihn verübt worden war, an den Rollstuhl gefesselt ist. Er lehrt heute an der Universität Straßburg. In seiner Rede an "türkische, kurdische, deutsche und zu anderen Nationen gehörige Brüder/Schwester und Freunde/Freundinnen", die wegen ihres grundsätzlichen Charakters eingehender wiedergegeben werden soll, sagte er: "Das Motto dieses Abends spricht ein hochaktuelles und brennendes Thema an. Nicht nur in der Türkei, auch in Europa, speziell in Deutschland ist es



Türkisch/ kurdische Tanztheatergruppe

wohl das zur Zeit wichtigste Thema. Davon wissen alle in Deutschland als Fremde Arbeitenden - ob türkischer, ob kurdischer oder sonst einer Herkunft - aus tagtäglichem Erleben ein Lied zu singen." Vor dem Hintergrund zunehmender Arbeitslosigkeit und Verarmung sowie des nach dem Motto "Haltet den Dieb!" geschürten Fremdenhasses und seiner Auswüchse in Mölln und Solingen stellte er die Frage, wer von der Spaltung der Arbeitenden und der Völker hauptsächlich profitiert. Und gab die Antwort, daß die Unternehmer aus wohlverstandener Eigeninteresse alles tun, ja tun müssen, um die Arbeitenden nach Nationalität und Religionszugehörigkeit zu spalten. Und das mit nicht geringem Erfolg. "Was soll man in einer solch schwierigen Lage tun? Ihr dürft ja nicht vergessen: All diese Machenschaften gehen in diesem Lande von den deutschen Konzernen und ihren Parteigängern aus; sie sind niemals von der deutschen Arbeiterklasse oder vom deutschen Volk ausgegangen. Es gibt für die Arbeitenden und Werkstätigen keine Religion, keine Sekten, keinen Nationalstolz, keine Trennung zwischen Fremden und Einheimischen. Arbeit ist Arbeit. Und die ist von ihrer Beschaffenheit her etwas Unabweisliches. So betrachtet, ist der Ort der Arbeitenden und Werkstätigen in den Reihen des Sozialismus. Wo auch immer Euer gesellschaftlicher Ort sein mag, in Deutschland muß er in den Reihen der arbeitenden Klasse sein. Ihr befindet Euch mit der



Server Tanilli

werdet Ihr nur mit dieser Klasse und in Richtung Sozialismus Herr werden können."

Diese Worte sollten für die Organisatoren des Abends Ansporn sein, gezielt darauf hinzuwirken, den Anteil an Menschen aus den deutschen arbeitenden Klassen zu erhöhen, um dem Ziel einer Einheit der Arbeitenden in diesem Lande näherzukommen. Es ist offenbar außerordentlich schwer, aus dem Ghetto herauszukommen.

Aus konkreten Kämpfen in der Türkei berichteten Gäste der Gewerkschaften Tım Saglık Sen (= Gewerkschaft der im Gesundheitswesen Beschäftigten), Haber Is (= Mediengewerkschaft), Cevher Is (= Gewerkschaft der im Erzbergbau Arbeitenden). Hauptsprecher dieser Gruppe war Ercan Atmaca, Bezirksvorsitzender Istanbul von Yol Is (= Straßenbaugewerkschaft). Er berichtete von der Istanbuler Gewerkschaftseinheits-Plattform, die bei den umfangreichen Widerstandskampagnen der Istanbuler Beamten und Bediensteten des öffentlichen Dienstes am 13. und 22. Januar gegen den vom Internationalen Währungsfonds verordneten, von Ministerpräsidentin Ciller als "zweiter Befreiungskampf" (nach dem ersten unter Atatürk) gefeierten drastischen Sparkurs mit einschneidenden Kürzungen auf sozialem Gebiet und erheblichen Verteuerungen der Grundnahrungsmittel zum Tragen gekommen ist. (Offenbar handelt es sich hier um ein zur Zeit weltweit durchgezogenes Programm der Umverteilung von unten nach oben.)

In einem Videofilm konnte man die Klassenauseinandersetzungen der letzten Monate in der Türkei an einigen Brennpunkten verfolgen.

Leider nicht anwesend sein konnte der Vorsitzende von Petrol Is (= Gewerkschaft der im Erdöl- und Chemiebereich Arbeitenden), Münir Ceylan. Er erhielt keine Ausreisegenehmigung, nachdem er kürzlich in erster Instanz zu 20 Monaten Gefängnis wegen eines in der Zeitung YENI ÜLKE veröffentlichten Artikels verurteilt worden war, in dem er für die Gleichberechtigung des kurdischen Volkes mit dem türkischen eingetreten war.

Eine Grußbotschaft kam auch von den Insassen des Gefängnisses in Canakkale (Häftlinge, die der TDKP oder ihrem Jugendverband GKB angehören).



Musikgruppe aus Zaire

deutschen arbeitenden Klasse und ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in einer schicksalhaften Einheit. Der Klassenfeinde

Für die Zeitschrift GERCEK sprach deren Chefredakteur Ismail Kayhan. Er erinnerte auch an die ermordeten Redaktionsmitglieder Namik Taranci und Cengiz, deren in einer Schweigeminute gedacht wurde.

Sehr kämpferisch war auch die Rede von Serpil Ilgün, die als Vertreterin von Emekli Kadınlar Birliği (= Vereinigung der werktätigen Frauen) aus der Türkei nach Köln gekommen war und an Hand zahlreicher Beispiele den Kampf und die Gewitztheit insbesondere der im Arbeitsleben stehenden Frauen gegen die angesichts ihrer Klassenlage besonders schlimmen Auswüchse des Sexismus schilderte.

Mit starkem Beifall bedacht wurde auch die Rede eines Deutschen (Diethard Möller, KPD), der auf die Notwendigkeit der Einheit unter den Arbeitenden angesichts der starken Arbeitslosigkeit und der Freundschaft unter den Völkern angesichts des immer frecher auftrumpfenden Faschismus' auch in Deutschland hinwies. Grußadressen auch der MLPD und der Grünen wurden verlesen, ferner eine Grußadresse des Zentralkomitees der TDKP.

Kernsatz der Rede des Schriftstellers und Journalisten Haluk Gerger war das Büchnersche

"Krieg den Palästen, Friede den Hütten!" Er wies darauf hin, daß der Kampf des kurdischen Volkes um nationale und demokratische Rechte mit dem Kampf des türkischen Volkes um seine Unabhängigkeit zu einem Kampf für Frieden, Freundschaft Gleichberechtigung und eine menschliche, lebenswerte Ordnung verbunden werden müsse, und bekannte: "Ich glaube, daß dieser Kampf für beide Völker siegreich und erfolgreich sein wird." Tosender Beifall zeigte an, daß er den Anwesenden aus der Seele gesprochen hatte.

Im abgedunkeltem, durch Hunderte von Feuerzeugen und Kerzen erleuchteten Saal erklang das "Lied der Völkerfreundschaft":

"Alle Völker der Welt mögen ihre Konflikte in Frieden beilegen; wenn sie erst selber sprechen können, werden die Völker Freundschaft pflegen. ... Alle Arbeitenden der Welt mögen sich zu einer Kraft zusammenfinden; wenn wir zusammenstehen können, werden die Gewalttäter verschwinden."

Einen künstlerischen Höhepunkt zum Abschluß bot der Sänger und Sazspieler Kemal Özer.

(KD unter Mitwirkung von SvY)

Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
 Hattinger Straße 188 44795 Bochum
 Tel. 0234/ 450590
 FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle

Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
 Oerweg 28
 45657 Recklinghausen, in
 Tel.: 02361/ 26345
 Redaktionsanschrift:
 Antifa-Zentrum
 Herner Str. 43
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/21686
 Redaktionssitzung
 Donnerstag, 19.- 20.00 Uhr.
 Abonnenten- und Anzeigenkonto:
 BLZ: 430 500 01
 Kto.-Nr.: 334 01 027
 Stichwort: AntifaZ
 Sparkasse Bochum
 Auflage: 1000
 Druck: LUPEN
 DUISBURG

OFFSETDRUCK

Versammlung der 'Deutschen Nationalisten' verhindert

DN wollte sich am 19.3. in einem Dortmunder Hotel treffen

Am 19.3. wollten zahlreiche Faschos erneut den Landesverband der 'Deutschen Nationalisten' (DN) gründen. Dieser Versuch mißlang erneut gründlich.

Anhänger der Ende Juli '93 in Mainz gegründeten DN wollten bereits am 3. Dezember letzten Jahres einen Landesverband NRW gründen, doch wurde dies durch ein entschlossenes Aufgebot von AntifaschistInnen verhindert. Wie

weiträumige Absperrung der Polizei, gehindert. Allerdings erklärten sich die Polizisten bereit, maximal fünf AntifaschistInnen zum Hotel vorzulassen, um sich von der Verhaftung und der Verhinderung der Gründungsversammlung zu überzeugen. Nach einer kurzen Diskussion unter den DemoteilnehmerInnen wurde der Vorschlag der Polizei akzeptiert. Fünf Antifas zogen los, während der Rest hinter der Absperrung verharrte. Die

Fünf wurden von der Polizei auch nicht am Betreten des Lokals gehindert, um sich nun endgültig davon zu überzeugen, daß alle Faschos verhaftet waren. Wenig später, die Antifas betreten gerade das Lokal, stürzte plötzlich der Wirt des Hauses wild gestikulierend aus der Küche des Hotels und warf die Fünf wieder raus.

Dennoch gibt das Verhalten der



Polizeieinsatz am 19.3. gegen die DN

schon am 3. Dezember trafen sich zahlreiche Faschos auch diesmal wieder ganz konspirativ. Diesmal auf dem Rastplatz Lichtendorf, an der A1. Von dort fuhren sie dann zum 'Hotel im Kühlen Grunde', Galoppstraße, in Dortmund-Kirchhörde los. Kurz nachdem die Faschos das Lokal betreten hatten, wurden sie von einem starken Polizeiaufgebot, wegen Teilnahme an einer verbotenen Veranstaltung festgenommen und in einen Gefangenenebus der Polizei, geführt. Zahlreiche Faschos wurden, nachdem die Staatsmacht ihre Personalien notiert hatte, wieder frei gelassen, der andere Teil der Nazis hatte das Vergnügen, mit dem Bus zum Polizeipräsidium gefahren zu werden, um dort vernommen zu werden. Nachdem der Antifa der Ort der Veranstaltung bekannt wurde, fuhren viele zur Galoppstraße. Dort angekommen wurden sie an dem Zugang zum Hotel durch eine

Polizei gegenüber den Antifas wieder einmal Anlaß zur Diskussion. Bei dem ersten Gründungsversuch der DN am 3. Dezember '93 ging die Polizei sehr rabiat gegen Antifas vor. (s. AntifaZ 45) Damals wurden auf einem Rastplatz nahe Dortmund ein Vater mit seinem Sohn und einem weiteren Freund festgenommen, weil sie so aussahen, als wollten sie gegen die Gründungsversammlung der DN protestieren. Von alledem war bei der Aktion am 19.3. nichts zu spüren. Ganz im Gegenteil. Die Polizei ließ sich auf Verhandlungen ein, so daß, wie oben beschrieben, schließlich fünf Antifas die Räume des Hotels betreten durften. Woher kam dieser Verhaltenswechsel? Es lag mit Sicherheit nicht daran, daß die Polizei binnen vier Monaten ihre Gesinnung gewechselt hat und die Antifa nun als Freund und die Nazis als Feind betrachtet. Aber woher dann?



Hotel 'Zum Kühlen Grunde', Galoppstraße, Dortmund

Unser Redakteur, der zu den fünf Leuten gehörte, die zum Hotel vorgelassen wurden, sah auf dem Weg zum Hotel zahlreiche Schaulustige, die sich das Spektakel ansehen wollten. Viele hatten Pantoffeln an, was dafür spricht, daß sie in der direkten Nachbarschaft des Hotels wohnten. Einige dieser Nachbarn wurden Tags darauf von ihm gefragt, was sich hier zum Zeitpunkt des Zugriffs der Polizei zugetragen habe; gaben alle, bis auf eine Ausnahme, vor, zum Zeitpunkt des Zugriffs der Polizei mit anderen Sachen beschäftigt gewesen zu sein, so daß sie dazu

zwischen Faschos und Stinos (=Stinknormale!) Auch die Zusicherung, daß ihre Anonymität gewährleistet sei, konnte nicht ihre Zungen lösen. Auch der Wirt des Hotels war zu keinem Interview bereit. So bleibt nur noch zu erwähnen, daß es sich bei der Gaststätte um das "Hotel zum Kühlen Grunde" in der Galoppstraße in Dortmund-Kirchhörde handelt. Entsprechende Umgangsformen mit solchen Wirten brauchen hier nicht näher erläutert zu werden.

Bruno

Anzeige

OBLÖMOW

Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum
Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TÄGLICH GEÖFFNET AB 18.00 UHR

Anzeige

Kneipe und Café
Herrenstraße
45657 Recklinghausen
Mo - Do 19.00h - 2.00h
Fr/Sa 19.00h - 3.00h
So Ruhetag

ZUM DORTMUNDER PROZESS GEGEN DIE NATIONALE OFFENSIVE

Ein Zwischenbericht von drei Prozeßbeobachterinnen

Am Dienstag, den 15.03.1994, fand im Dortmunder Landgericht die erste Verhandlung gegen die faschistische Nationale Offensive (NO) statt. Die NO, die am 22.12.92 als kriminelle Vereinigung verboten wurde, ist/war ansässig in Witten, dem einzigen Kreisverband in Nordrhein-Westfalen. Zur Verhandlung erschienen der Hauptangeklagte und fünf Nebenangeklagte. Der Hauptangeklagte war Christian Sennlaub, früher FAP-Mitglied, heute Vorsitzender des inneren Kreises der NO-Kreisgruppe. Mit angeklagt waren auch Robert Langnickel (18jähriger Dortmunder Schüler), Christian Böhnisch und Uwe Siebert.

Den Angeklagten werden unter anderem diverse Sprüh- (Haken-, Keltenkreuze), Klebe- und Gewaltaktionen, unerlaubter Waffen- und Sprengstoffbesitz vorgeworfen sowie, einen Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft durchgeführt zu haben. Weiterhin heuerte Christian Sennlaub Söldner für eine kroatische faschistische Partei (HOS) an. Einer dieser Söldner, ein Wittener Faschist, soll laut der Staatsanwaltschaft von Sennlaub dazu gezwungen worden sein, in den Krieg zu ziehen. Dieser Mann ist als Kronzeuge zum Prozeß geladen.

Die Verhandlung begann mit der Verlesung der Anklagepunkte. Anschließend mußte Christian Sennlaub ((kleiner, schwächlicher Kerl im "Vertreter-Look") zu diesen Vorwürfen Stellung nehmen. Er begann äußerst sprachgewandt mit seinem politischen "Werdegang".

Auf die Frage des Richters hin, warum er aus der FAP ausgetreten und in die NO übergewechselt sei, antwortete Sennlaub, daß ihm u.a. das Parteiprogramm und die Darstellung der FAP (Aktionen-Negativ-Presse) in der Öffentlichkeit nicht zugesagt hätten. Der Kommentar des Richters: Das Parteiprogramm der NO, welches dem der NSDAP ähneln würde, sei "unter aller Sau"! Weiterhin erläuterte Sennlaub die (angebliche) Struktur (kein Führerprinzip) und die Aktivitäten

("nationale Kulturarbeit" mit Besuchen von STÖRKRAFT-Konzerten und Teilnahme an Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen z.B. für Rudolf Heß).

Die zahlreichen Sprühaktionen waren laut Sennlaub Spontanaktionen aus "geselliger Runde" heraus.

Von dem Brandanschlag auf das türkische Lebensmittelgeschäft will er nichts gewußt haben, ebenso wenig von einem Waffenlager eines Kameraden, der u.a. Sprengstoff (mit einer beachtlichen Reichweite von 30-50 m) und Bundeswehrmunition in einem Erdbunker aufbewahrte.

Selbst die Anwerbung der Söldner für die HOS leugnete er; es handelte sich angeblich um eine Anwerbung für eine gestellte Reportage in Sarajevo, für die ihm ein Sat1-Reporter Geld gegeben habe. Tatsache ist, daß der Wittener in Bosnien bei Kämpfen eingesetzt wurde, bei denen acht von zwölf Menschen starben, einer verlor einen Fuß.

Nachdem der Wittener Kronzeuge vor Gericht seine Anschuldigungen gegen Sennlaub und die NO nur teilweise wiederholte, wurde der Haftbefehl gegen Sennlaub und Siebert am 22. März 94 aufgehoben.

Eine Woche später saß Sennlaub jedoch wieder hinter Gittern. Er hatte versucht, den Prozeß zu manipulieren, indem er mit Zeugen die Aussage absprach und versuchte, sie zu beeinflussen.

Der Prozeß läuft noch bis Ende Mai.

Silvia A., Katja N. und Svenja Sch.

Schülerinnen einer Dortmunder Gesamtschule



Sennlaub (l), Krieger (hinten)

und Langnickel

angeklagt, wohl aber in Süddeutschland. Die Zeitung RECHTSKAMPF richtet sich unter anderem gegen das Verbot der Parteien Deutsche Alternative (DA), Nationale

Front (NF) und Nationale Offensive (NO). Mit Swierszek zusammen war Sennlaub bereits 1982 in der ANS/NA (damals noch ANS), aus welcher Zeit auch die ersten faschistischen Anschläge in Witten. Später (1984) wird Sennlaub Gausekretär des Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten des 100. Geburtstags von Adolf Hitler (KAH), in dessen Rahmen von dem FAP-Bundesvorstands-Beisitzer Christian Malcoci ein Referat für Sicherheit (RFS) gebildet wird, dem neben Sennlaub auch Andreas Szypa (FAP Witten) angehört, der einem von allen dreien unterzeichneten Protokoll vom 5.7.88 zufolge als Informant vom Verfassungsschutz (VS) angeworben wurde, eine Position, die offenbar dazu benutzt wurde, mit dem RFS abgesprochene Informationen an den VS weiterzuleiten; das RFS entwickelte sich vor diesem Hintergrund zu einer Vorläuferorganisation der Anti-Antifa (Hauptaufgabengebiet: "Feindaufklärung"). Bei einem Brandanschlag auf den Dritte-Welt- und Buchladen Witten im Januar 1987 (der seine Räumlichkeiten dem Antifaschistischen Bündnis Witten zur Verfügung gestellt hatte) hatte Sennlaub auch seine Finger im Spiel. Als am 15.10.88 im Weitmarer Holz (Bochum) ein FAP-Wehrsportcamp aufgelöst wurde, fand die Polizei außer Pistolen und Kampfmessern auch Urkunden, in denen die Teilnahme an den Wehrsportübungen bescheinigt werden sollten (unterzeichnet auch von dem damaligen stellvertretenden FAP-Landesvorsitzenden Sennlaub). Dies sind nur einige der Daten, die aus einem von der "Infogruppe der Kleinen Strolche, c/o Bahnhof Langendreer" (Bochum) herausgegebenen Informationsflugblatt zum NO-Prozeß hervorgehen.



LUPEN
OFFSETDRUCK

INH: MUSTAFA AKARÇAY

WILFRIEDSTR. 10
47169 DUISBURG

TEL.: 0203 / 40 85 01

FAX: 0203 / 40 69 16

ANZEIGE



CILA
CAFÉ IM LANGEN AUGUST



Mo-Fr 10-22 Uhr
So 10-19 Uhr

Braunschweiger Str.22/Nordmarkt
46 Dortmund 1 · Telefon 83 01 47

Anzeige

MIT EINER
SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann-Str. 14
45701 Herfort
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroinstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

LEYLA ZANA PORTRÄT EINER KURDIN

Leyla Zana, 33 Jahre alt, kurdische Abgeordnete im Großen Nationalrat der Türkei (TBMM), wie das Parlament in Ankara offiziell heißt, hat es am 6.11.1991 erstmals gewagt, in diesem hohen Hause kurdisch zu sprechen. Sie leistete den geforderten Parlamentseid, in dem sie noch einen Satz in ihrer Muttersprache anfügte und damit die "Brüderlichkeit zwischen dem türkischen und kurdischen Volk" (biratiye nav gelan tirki u kurdi da) beschwor. Das führte dazu, daß eine aufgebrachte Schar männlicher türkischer Parlamentarier sie niederbrüllte und den kurdischen Abgeordneten Hatip Dicle, der das wiederholte, und die übrigen kurdischen Abgeordneten der HEP (Partei der Arbeit des Volkes), die über die Liste der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) mit durchschnittlich über 70 % der Stimmen ins Parlament gewählt worden waren, zusammenschlug. An ihr als Frau vergriffen sich die "Herren der Schöpfung" damals noch nicht.



Leyla Zana

Am 2.3.1993 wurde Leyla Zana und fünf ihrer männlichen Kollegen von der Demokratie-Partei (DEP), Nachfolgeorganisation der verbotenen HEP, auf Antrag der Ministerpräsidentin Tansu Ciller, die hier einem entsprechenden Kommando der türkischen Generalität Folge leistete, die Immunität entzogen (inzwischen ist noch ein weiterer hinzugekommen). Als Begründung dafür mußte der vor eineinhalb Jahren abgelegte "unbotmäßige Eid" herhalten. Auch die Sozialdemokraten stimmten teilweise dafür. Nach diesem Beschluß feierte sich die Parlamentsmehrheit selbst mit stehenden Ovationen.

Die ihrer parlamentarischen Unantastbarkeit beraubten Abgeordneten wurden bei Verlassen des Parlamentsgebäudes sofort in Haft genommen. Nun sollen sich Leyla Zana und sechs weitere kurdische Abgeordnete vor dem Staatssicherheitsgerichtshof (DGM) wegen Separatismus' und Hochverrats verantworten, worauf die Todesstrafe steht.

Leyla Zana ist 1961 in einem kurdischen Bergsdorf namens Bahceköyü als eines von fünf Mädchen, die ihre Mutter zur Welt brachte, geboren. Bei jeder Niederkunft ihrer Mutter hatte sich ihr Vater einen Sohn erhofft, lange Zeit ohne Erfolg. Als kleines Mädchen bekam Leyla (zu deutsch heißt der Name "die Nacht") mit, wie eine Verwandte laut aussprach, was ihr Vater möglicherweise dachte: "Zum Teufel damit!" Leyla Zana dazu: "Ich kann nicht behaupten, daß ich in einem freien Familienumfeld aufgewachsen bin. Meine Mutter stand sehr stark unter dem Pantoffel meines Vaters. Der war recht feudal eingestellt. Wir sahen die Unterdrückung alltäglich, denn er handelte nach dem Motto: 'Die Frau darf nicht reden und hat keine Rechte.' Und meine Mutter hat sich dem gebeugt und war mit der Rolle einer Nichtsprechenden einverstanden." Zur Reaktion der Mädchen: "Das Fürchterliche ist eigentlich, daß sie die Rolle des Jungen (d.h. des zuletzt geborenen männlichen Kindes der Familie) als Mächtigen, Besseren akzeptiert haben."

Eine Schule gab es in ihrem Dorf nicht, sie durfte ein halbes Jahr lang eine Schule in einem Nachbardorf besuchen. "Mehr brauchte ein Mädchen nicht", sagte sie ironisch zu dem Interviewer Gerd Schumann, der über sie eine Reportage im Sonntagsmagazin "A bis Z" brachte und der sie als "in sich gekehrt,

schmal, fast zerbrechlich", unter Herz- und Kreislaufbeschwerden leidend, aber als eine Persönlichkeit mit "Kraft und Selbstbewußtsein" beschreibt.

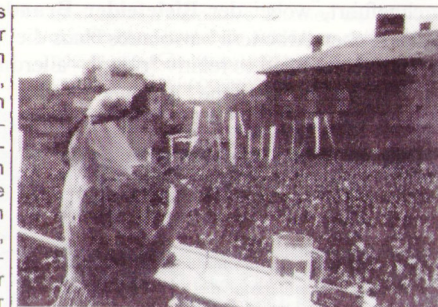
Als 14jährige Kindsbraut wurde sie einem 20 Jahre älteren Vetter ihres Vaters in die Ehe gegeben. Die Mutter des Bräutigams hatte mit Leylas Vater darüber geredet, und dieser hatte zugestimmt, ohne seine Tochter zu fragen. Sie war daraufhin erbost mit den Fäusten auf ihn losgegangen. Auch die Tränen ihrer Mutter, die meinte, Leyla sei viel zu jung zum Heiraten, fruchteten nichts. Es gab auch Tumult, als sie sich weigerte, als Ehefrau den Schleier anzulegen. Die frommen Moslems verliehen ihrer Furcht Ausdruck, Leyla werde in die Hölle kommen. Doch Leyla fragte sich, warum dann die Männer nicht in die Hölle kämen, wo sie doch auch keinen Schleier tragen. Schon als Kind hatte sie sich geweigert, ihr Haar in einem Kopftuch zu verstecken. Sie galt als "kratzbürstig". Und sie setzte sich auch später ungeniert mit an den Tisch, wenn die Männer sich unterhielten.

Leyla dazu heute: "Ich gebe weder meiner Familie noch meinem Mann die Schuld, sondern den gesellschaftlichen Verhältnissen. Die müßten verändert werden."

Leyla ist nach wie vor mit Mehdi verheiratet und Mutter zweier Kinder, eines Sohnes (Ronay, jetzt 18 Jahre alt) und einer Tochter (Rüken, jetzt 13 Jahre alt). Rüken soll nach dem Willen ihrer Mutter selbst entscheiden, wen sie mal heiratet. Die Zeiten haben sich eben geändert, und auch das Denken beispielsweise bei Leylas Eltern ist anders geworden. Für diese Veränderung ist Leyla Zana ein herausragendes Symbol. In der Geschichte Kurdistans ist das ein großer Sprung nach vorn, wenn man noch an das Jahr 1937 denkt, als sich nach der Niederschlagung des Aufstandes von Dersim Tausende kurdischer Frauen und junger Mädchen aus Furcht vor der Rache der siegreichen türkischen Armee in Form von Bluttagen und Vergewaltigungen kollektiv von den Felsen herab in den Tod stürzten. Damals war der Glaube an die gottgegebene Herrschaft des Mannes noch ungebrochen. Heute hat der türkische Staat durch Terrorakte seiner Armee ungewollt selbst zu dieser erheblichen Veränderung im Denken (das in Nordkurdistan mit Abstand am weitesten fortgeschritten ist) beigetragen. Leyla gibt eine Erklärung aus ihrer eigenen Erfahrung: "Wie würden Sie sich fühlen, wenn Sie mit dem Schlagstock verprügelt werden, Stromdrähte um die Gelenke gewickelt bekommen, sich nackt ausziehen müssen und ständig erniedrigt werden." Ihre Schergen haben ihr die letzten Illusionen von einem angeblich

besseren männlichen Geschlecht gründlich ausgetrieben.

Als das türkische Militär 1980 putschte und rund 650.000 Menschen verhaftet wurden, waren auch Leyla und ihr Mann darunter, der damals Oberbürgermeister der "heimlichen Hauptstadt" Nordkurdistans, Diyarbakir, war. Als "Aufrührer" wurde Mehdi zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Leyla war damals schwanger mit Rüken und wurde nach kurzer Zeit freigelassen. Sie mußte sich nunmehr allein mit ihren Kindern durchschlagen. Von Gefängnis zu Gefängnis folgte Leyla ihrem Mann, mußte oft stunden-, tage- oder sogar wochenlang vor den Stahltores warten und wurde dann nach höchstens 5 Minuten Besuchszeit von den Wärtern wieder hinausgeworfen. Als Autodidaktin brachte sie sich, vor den Gefängnistoren sitzend, Türkisch bei, um sich zumindest mit dem Mund durchsetzen zu können und nicht gar so "fremd" im eigenen Lande zu sein, lernte lesen und schreiben und machte aufgrund ihrer Hartnäckigkeit mehrere Schulabschlüsse nach. So wurde sie nach und nach zur Sprecherin zunächst der ebenfalls auf eine Besuchserlaubnis wartenden anderen Frauen. Zusammen mit anderen Frauen organisierte sie einen Hungerstreik für ihr Besuchsrecht - mit Erfolg. Bei solchen Ak-



Leyla Zana spricht in Diyarbakir

tionen habe sie gelernt, "selbst zu denken und selbst voranzugehen". Bei derartigen Aktionen wurde die Zahl der Frauen allen Dogmen von der Männerdomäne zum Trotz immer stärker; viele der Demonstrantinnen mußten fliehen und "gingen in die Berge" (d.h. zur PKK-Guerilla). Das Folter- und Henkerhandwerk hat nach offizieller Beendigung der Militärregierung und Einsetzen einer Zivilregierung - insbesondere im "Südosten" - zu keinem Zeitpunkt aufgehört. Als sie dort - als erste Frau überhaupt - für das Parlament kandidierte, stand die islamisch geprägte Männerwelt Kopf. Zu der Kundgebung waren

praktisch nur Männer erschienen (die Frauen mußten zu Hause auf die Kinder aufpassen). Leyla trug Kleider in den kurdischen Farben Rot, Gelb und Grün, sprach offen das bis dahin fast 70 Jahre lang zu einem Tabu erklärte Wort "Kurde" aus und erklärte: "Der Befreiungskampf bei uns unterscheidet sich vom Widerstand in anderen Teilen Kurdistans. Hier ist es geschafft worden, in kurzer Zeit den bewaffneten Guerillakampf in der Bevölkerung zu verankern. Das hat Bewußtseinsprozesse in Gang gebracht. Die kontinuierliche Entwicklung des Befreiungskampfes hat eine kontinuierliche Veränderung der Gesellschaft mit sich gebracht." Die Männerhände klatschten tosenden Beifall, Leyla bekam 45.000 Stimmen (eine überwältigende Mehrheit) und zog damit als eine von 8 Frauen in den 450köpfigen TBMM ein. Der türkisch-kurdische Dialog wird nach bisher 17 Jahren "Ausnahmestand" in Nordkurdistan weiter von einer Generalfität unmöglich gemacht, die heute offen von "totalem

Krieg" und "Ausrottung der Kurden" redet. Leyla Zana versteht ihre Aufgabe als Parlamentarierin vor allem darin, sich für die Menschenrechte einzusetzen. Schon vor ihrer Verhaftung hatte sie bei jeder Reise in ihre Heimat in der Anspannung gelebt, ermordet zu werden.

Ich selbst hatte einmal Gelegenheit, sie "live" zu erleben. Am 1. Mai 1992 in Istanbul sprach sie vor fast 10.000 Menschen auf dem Gaziosmanpasa-Platz und bekam frenetischen Beifall. Was sie sagte, verstand ich nicht. Damals wußte ich noch nicht, daß sie es war.

Leserinnen und Lesern, die mehr über Leyla Zana und überhaupt über die Rolle der Frauen in Nordkurdistan erfahren wollen, sei als Lektüre ein von Männern geschriebenes Buch empfohlen:

Gerd Schumann / Alexander Goeb / Günay Ulutuncok, Ez Kurdin - Ich bin Kurdin. Kurdische Frauen im Aufbruch, München (Marino Verlag) 1992, ISBN 3-927527-54-8 **KD**

FÜHRER LÄSST GRÜSSEN...

Am 20. und 21. April haben Neonazis in zahlreichen Städten gewaltsame Aktionen durchgeführt, wobei der **Bielefelder Brandanschlag** auf ein ausschließlich von ausländischen Arbeitern bewohntes Haus die "spektakulärste" Aktion war.

Im Ruhrgebiet blieb es relativ "ruhig" - allerdings war, wie in den vergangenen Jahren, eine antifaschistische "Alarmbereitschaft" organisiert worden; eine Telefonket-

te zwischen verschiedenen Städten sollte ermöglichen, bei evtl. Nazi-Aktionen möglichst schnell zu reagieren.

Diese Bereitschaft war allerdings nicht mehr gegeben, als in der Nacht gegen 1.30 Uhr Nazis eine Scheibe des ANTIFASCHISTISCHEN ZENTRUMS in Recklinghausen einwarfen, in welchem sich auch die Redaktionsräume unserer Zeitschrift befinden.

In einer Presseerklärung schreibt der Antifaschistische Bund (AFB): "Anzeige gegen 'Unbekannt' wurde gestellt, obwohl wir ziemlich genau wissen, in welchen Kreisen die Täter zu suchen sind".



Grauzone

Café und Kneipe
Oerweg 53, 45657 Recklinghausen
Tel.: 02361 - 27504

Mo ab 19.00 Uhr
Di - Fr 9.30 - 14.00 Uhr
und ab 19.00 Uhr
Sa ab 19.00 Uhr
So ab 10.00 Uhr

Jeden Sonntag großes
Frühstücksbuffett ab 10.00 Uhr

Mai

14.5.
Reiners Night-Flight-Disco
Eintritt frei!!!

20^uh

21.5.
Ate Hands of Brains
Eintritt 10.- DM

20^uh

25.5.
Zonenparty
Eintritt frei!!!

20^uh

Juni

ab dem 17.6.
wird in der Grauzone
Fußball geguckt

18.6.
Mojo Turner (Blues)
20^uh

24.6.
SELIG
20^uh

Verleihung des Goldenen Hammers in der Marler Moschee

Am 17.3. wurde in der Marler Fatih Moschee der "Goldene Hammer" verliehen. Dieser von der Vereinigung SOS-Rassismus gestiftete Preis zeichnet Menschen und Gruppen aus, die sich mit ihrer Arbeit gegen Rassismus wenden. Der Preis wurde vom nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor überreicht. Im einzelnen wurden die Forschungsgruppen verschiedener Ortsgruppen der Organisation Courage ausgezeichnet. Courage hatte eine breit angelegte Umfrageaktion durchgeführt, in welcher u.a. Vorurteile gegenüber AsylbewerberInnen aufgedeckt und bekannt gemacht worden waren. Auch das deutsch-türkische Volkshaus aus Kiel wurde ausgezeichnet. Zu den Ausgezeichneten zählte auch der Marler Moschee-Verein, der den Bau der Moschee erst ermöglichte. Innenminister Schnoor, der die Preise überreichte, verstrickte sich in seiner Rede in zahlreiche Widersprüche. Der Minister forderte Zivilcourage gegen rechtsradikale Attentäter, die Häuser anzünden oder durch ihre Intoleranz ein Klima von Angst schüren würden. Als Beispiel erfolgreicher Anwendung von Zivilcourage nannte er Bulgarien ein Land, in dem durch couragiertes Eintreten der Herrschenden für ihre jüdischen Mitbürger deren Abtransport in die KZs verhindert wurde. Wenig später verteidigte Schnoor dann die Abschiebep Praxis der Bundesregierung und seines Innenministeriums. Diesen Widerspruch, daß er auf der einen Seite Zivilcourage auch auf staatlicher Ebene fordert und auf der anderen Seite als maßgeblicher Minister Abschiebungen von Flüchtlingen massiv betreibt, mochte der Minister in einem Gespräch, das in einem kleineren Kreis nach der Veranstaltung stattfand, nicht akzeptieren. Die Tatsache, daß Schnoor die Abschiebung von Flüchtlingen in NRW massiv unterstützt, beweist, daß sein Reden von Zivilcourage und Unterstützung von Flüchtlingen nichts anderes als Heuchelei ist. Als dann während der Veranstaltung dem Minister zwei Hämische Kinder vorgestellt wurden, die schwere Verbrennungen im Gesicht hatten, und die nun von Abschiebung bedroht sind, erklärte sich der Minister lapidar für nicht zuständig, weil er nicht der Beamte sei, der über den Fall entscheide, auch könne er als Minister nicht in "rechtsstaatliche Verfahren" eingreifen. Um die Wogen dann wieder etwas zu glätten, gab Schnoor dann doch vor, sich um den Fall zu kümmern. Ob er es ernst meinte?

BRUNO